

# Betriebsräte-Zeitschrift

## für Funktionäre der Metallindustrie

### Arbeitskämpfe in Amerika

Tony Sender

Die großen technischen und organisatorischen Fortschritte, die die Industrie der Vereinigten Staaten besonders im letzten Jahrzehnt vollbracht hat, haben die Welt in Erstaunen versetzt. Und die Bewunderung ist ohne Zweifel berechtigt. Soviel Initiative, Unternehmungsgeist und Organisationsgeschick, ja soviel Jugendlichkeit hat wohl der Kapitalismus keines anderen Landes im letzten Jahrzehnt zu entwickeln gewußt. Und das Bemerkenswerteste ist, daß diese Erfolge auf der Grundlage steigender Löhne, eines wachsenden inneren Marktes erreicht werden konnten.

Resultiert daraus, daß die finanzielle Lage des amerikanischen Arbeiters eine wesentlich günstigere ist, als die seiner europäischen Kollegen, so kann dies keineswegs auch von seiner rechtlichen und sozialen Stellung behauptet werden. Eine zentrale, für das ganze Land gültige soziale Gesetzgebung kennt Amerika überhaupt nicht. Die Verfassung der Vereinigten Staaten läßt vielmehr den einzelnen Staaten sehr große Selbständigkeit, so daß auf den verschiedensten Gebieten die größte Unübersichtlichkeit im Lande herrscht.

Amerika ist stolz darauf, das Land der individuellen Freiheit zu sein — und hier kommt in klassischer Weise zum Ausdruck, was uneingeschränkte persönliche Freiheit im Privatkapitalismus praktisch für die Masse des Volkes bedeutet. Die Freiheit des Individuums äußert sich in der Freiheit zur Ausbeutung, ohne daß ihr wesentliche gesetzliche Schranken entgegengestellt wären, Freiheit von sozialem Schutz und sozialer Versicherung. Nur wenige Ansätze sind in letzter Beziehung in einzelnen Staaten durch eine staatliche Unfallrente vorhanden.

Im übrigen aber beschränkt sich der Schutz im wesentlichen auf eine sehr weitherzige Ausdehnung des Begriffs des Schutzes des Privateigentums. Auf dieser Grundlage wird nicht nur das herrschende Regime gestützt, sondern auch jeder Eingriff in Arbeitskämpfe durch die Gerichte zugunsten der Unternehmer gerechtfertigt. So hat sich in den letzten Jahren immer stärker die Praxis der „Injunctions“, das heißt **Einhaltsbefehle in Streiks**, herausgebildet. Sie droht, zu einer immer größeren Gefahr für die Führung von Arbeitskämpfen in den Vereinigten Staaten zu werden, und gegen sie dürfte sich mehr und mehr der Kampf der Arbeiterschaft in naher Zukunft konzentrieren. Hat sich doch nun sogar die sehr angesehene „Bar Association“, eine etwa unserer deutschen Anwaltskammer gleichkommende Organisation, der Frage angenommen und den Führer der sozialistischen Partei Amerikas, Morris Hillquit, der seit langen Jahren der juristische Berater einer Reihe von Gewerkschaften ist, zu einem Referat vor diesem Gremium von Anwälten und Richtern aufgefodert. Und sie hat die Bedeutung, die sie der Frage beimißt, noch dadurch unterstrichen, daß sie das Referat durch Radio verbreiten ließ.

Worum handelt es sich bei diesen „Injunctions“? Ähnlich wie in England ist auch in den Vereinigten Staaten die Basis der Rechtsprechung das sogenannte „Common law“, das heißt ein auf Tradition beruhendes ungeschriebenes Recht. Das bedeutet in der Praxis des täglichen Lebens, daß die Richter wohl die Möglichkeit hätten, den Geboten der menschlichen Vernunft in weitgehenderer Weise gerecht zu werden, als dies bei der Anwendung der in unserm Lande maßgeblichen Grundsätze des römischen geschriebenen Rechtes möglich ist. Doch steht im herrschenden kapitalistischen Regime eine Rehrseite gegenüber, die alle etwaigen Vorteile des Systems beschattet: **Die Macht der Gerichte kann ungeheuer werden und die Richter können den Platz der Gesetzgeber einnehmen.** Das hat sich mehr und mehr beim Eingreifen der Gerichte in Arbeitskämpfen herausgebildet. Der häufigste und typischste Fall, der sich erst kürzlich wieder bei dem großen Streik der New Yorker Kleiderarbeiter ereignete, spielt sich wie folgt ab:

Eine Arbeitergruppe tritt in den Streik. Um diesen wirksam durchführen zu können, ist es notwendig, vor den bestreikten Betrieben und in deren Nähe Streikposten aufzustellen. (Daß es dabei nicht immer mit Salonmanieren zugehen kann, weiß der deutsche Arbeiter aus Erfahrung.) Der Unternehmer oder die Unternehmerorganisation geht zu Gericht und klagt wegen Verletzung des Eigentums und Schädigung des Geschäfts. Und nun ist durch die Gerichte der Begriff einer Schädigung des Privateigentums immer elastischer gemacht, immer mehr ausgedehnt worden. So daß schließlich auch darunter fiel das Recht des Unternehmers, nur unorganisierte Arbeiter zu beschäftigen und jeder Kampf dagegen als Bedrohung der Rechte des Privateigentums ausgelegt werden konnte. Als Eigentumsrecht des Unternehmers wurde erklärt das Recht auf die Dienste der Arbeiter, so wie es in Verträgen niedergelegt ist, die die Bindung enthalten, daß die Arbeitnehmer keiner Gewerkschaft angehören dürfen.

Nun kommt die Klage der Unternehmer vor das zuständige Gericht, und dieses entscheidet ohne jede Anhörung von Zeugen, ohne jede mündliche Verhandlung, lediglich auf Grund der Klage und der ihr beigefügten schriftlichen eidlichen Zeugenaussagen. Nehmen wir nun an, wie dies im toben abgeschlossenen Kleiderarbeiterstreik der Fall war und wie dies weitverbreiteter Praxis entspricht, der Richter entscheidet, daß das Streikpostenstehen verboten ist. Mit dem Augenblick, wo eine solche richterliche Entscheidung, Injunktion genannt, herausgegeben ist, macht sich jeder Streikpostensteher strafbar und seine Verurteilung erfolgt gleichfalls ohne mündliche Verhandlung, lediglich auf Einreichung der Klage und Vorlegung schriftlicher vereidigter Zeugenaussagen hin. Hunderte von Kollegen wurden so bei dem erwähnten Streik zum Teil ins Gefängnis gesetzt, zum Teil mit hohen Geldstrafen belegt.

Sowohl gegen die Injunktion als auch gegen das Urteil kann appelliert werden. Was aber bedeutet dies praktisch bei einem Streik? Bis es zur Verhandlung kommt, dauert es gewöhnlich lange Wochen, ja Monate. **Und in der Zwischenzeit ist die Entscheidung des Gerichts in Kraft** — längst nachdem der Streik beendet ist, kommt vielleicht die Gerichtsverhandlung. Was aber hilft es dann den Arbeitern, wenn sich in dieser Verhandlung herausstellen sollte, daß der Streik legal und in friedlichen Formen geführt und seine Forderungen durchaus berechtigt waren? Der Unternehmer war bereits Nutznießer dieser früheren einseitigen richterlichen Entscheidung, der Kampf der Arbeiterschaft kann möglicherweise durch sie gebrochen worden sein.

Und das besonders Bösertige des Systems besteht darin, daß sich die Entscheidung auch richten kann gegen Personen, die gar nicht direkt zu den Streikenden gehören. So war u. a. eine Entscheidung gefällt „gegen die Be-

lagten, ihre Beamten, Agenten, Angestellten und alle Personen im allgemeinen." Also auch gegen Personen, die gar nicht zu den streitenden Parteien gehören. So besteht die Möglichkeit, in einem Streik, in dem eine derartige „Injunktion“ vom Richter herausgebracht wurde, alle Angestellten der Gewerkschaft zu verhaften und auf diese Weise möglicherweise den Streik zum Mislingen zu bringen.

Nun wurden zwar vom Appellationsgericht des Staates New York in einer Entscheidung Grundsätze festgelegt, die das Organisationsrecht, das Recht zum Streik und friedliches Streikpostenstehen sowie das Recht des Boykotts stipulieren. Angesichts der Praxis der Gerichte kommt dem aber keine andere Bedeutung als die einer schönen Theorie bei.

Wie wird nun ein solches Vorgehen begründet? Es wird erklärt, es solle vorbeugende Wirkung haben und das Eintreten der Straftat verhindern, um so das Eigentum zu schützen. Demgegenüber wird indessen eingewendet, daß dazu die Polizei und die bestehenden Strafgerichte völlig ausreichend seien. Und man verweist darauf, daß ja jede Beschädigung von Eigentum oder jede andere ungeschickte Tat ohnehin normalerweise vor das Strafgericht zu kommen hat und daß der Erlaß von „Injunctions“ an sich noch keine Exekutive bedeutet; der einzige Unterschied zwischen einem Verfahren auf Grund des Strafrechts und einem Urteil auf der Basis von „Injunctions“ besteht darin, daß beim Strafgericht ein ordentliches Verfahren mit Anhören der Parteien und Zeugenvernehmung möglich, während die gleichen Personen auf der Grundlage des Injunktionverfahrens ohne Verhör und ohne Beteiligung von Geschworenen verurteilt werden können.

Damit ist faktisch das Streikrecht vernichtet, das Recht zum Streikpostenstehen völlig der Willkür der Gerichte preisgegeben. Wie es überhaupt das Charakteristische des bestehenden Zustandes ist, daß in den Vereinigten Staaten die Rechtsprechung speziell in Fragen des Arbeiterrechts an die Stelle der Gesetzgebung tritt, daß die Gerichte das Ausmaß des Arbeiterrechts bestimmen. Und die Erfahrung lehrt, daß dieses Eingreifen der Gerichte in Arbeitskämpfen ein ganz einseitiges ist, daß das ganze System ein Parteinehmen für die Unternehmer, eine Schwächung der Arbeiter durch Organe des Staates bedeutet.

Das System der „Injunctions“, das heißt des gerichtlichen Einhaltsbefehls, existiert auch in der übrigen Welt. In den Staaten mit eigener sozialer Gesetzgebung aber beschränkt es sich auf das Gebiet des privaten Rechts und mag dort auch seine Nützlichkeit haben. Auch in den Vereinigten Staaten mußte man die künstliche und sinnwidrige Voraussetzung konstruieren, daß es sich um den Schutz des privaten Eigentums auch beispielsweise dann handelt, wenn dem Unternehmer sein Eigentumsrecht auf unorganisierte Arbeiter geschützt werden soll. Das Sinnwidrige, ja Empörende dieser Konstruktion aber könnte nur dann vor aller Augen offenbar gemacht, der Willkür eines Einzelrichters entgegengearbeitet werden, wenn das Verfahren geändert würde. Die Arbeiterschaft muß zunächst fordern, daß kein Einhaltsbefehl in Arbeitersachen herausgebracht werden darf, ohne daß ein geordnetes Verfahren vor einem ordnungsgemäß zusammengesetzten Gericht mit Anhörung beider Parteien und mündlicher Zeugenvernehmung stattgefunden hat. Nur dann kann der Praxis entgegengearbeitet werden, daß

Einhaltsbefehle herausgebracht werden angeblich um den Unternehmer vor unerseßlichem Schaden zu bewahren, dadurch einer großen Schar von Arbeitern unerseßlicher Schaden zugefügt wird.

Doch hat das Problem noch eine weiterreichende grundsätzliche Seite. Die Mehrheit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung steht noch nicht auf dem Boden des Klassenkampfes. Ein großer, ja der überwiegende Teil der amerikanischen Arbeiter glaubt seine Interessen am besten geborgen bei der einen oder anderen der beiden großen bürgerlichen Parteien, die sich in keiner Weise etwa durch verschiedene Programme unterscheiden — beide Parteien benötigen kein Programm und der Wandel bei einem Regierungswechsel bekundet sich nur darin, daß andere Personen Ämter und Posten kriegen. Eine einflußreiche Arbeiterpartei besteht bisher nicht. Aber wie stets in der Geschichte scheinen auch in diesem Lande unsere Gegner unsere besten Helfer werden zu wollen: Durch das einseitige Eingreifen der Gerichte zugunsten der Unternehmer muß es ja auch dem Widerstrebendsten aufgehen, daß auch im Dollerlande es etwas wie einen Klassenkampf gibt — nur daß er bisher einseitig von den Unternehmern unter Hilfeleistung der Staatsorgane erfolgte. Je länger diese Praxis dauert, um so mehr muß sie sich zum unmittelbaren Schaden der Arbeiterschaft erweisen. Und damit ihr endlich auch die Erkenntnis einkleuen, daß sie auch politisch selbständig aufzutreten hat, wenn sie nicht zu dauerndem Schaden kommen will. Erst wenn eine achtungsgebietende politisch selbständig auftretende Arbeiterpartei besteht, kann die willkürliche Rechtsprechung und Rechtschöpfung der Richter ersetzt werden durch eine die Arbeiter schützende soziale Gesetzgebung.

\*\*\*

\*\*\*

\*\*\*

## Konjunktur der Konjunkturforschung

### Problemfälle und Lösungsversuche

F. Petrich (Gera)

In der Nachkriegszeit haben wir neben vielen andern Erscheinungen einen auffallenden Ausbau der Konjunkturforschung zu verzeichnen — jener exakt wissenschaftlichen Bemühungen, die darauf gerichtet sind, aus der dauernden Beobachtung bestimmter wirtschaftlicher Vorgänge den Ablauf des Wirtschaftsprozesses zu ermitteln. Betrachtungen dieser Art sind früher auch schon angestellt worden. Sie sind eigentlich so alt wie die Forschungen nach dem Charakter der kapitalistischen Wirtschaftskrisen. Das alles war wertvolle, unerläßliche Vorarbeit. Neuerdings aber sucht man weiter zu gehen, und zwar nicht allein aus theoretischen Erwägungen, als vielmehr aus dringenden praktischen Bedürfnissen. Wo überhaupt wirtschaftliche Zentren vorhanden sind, da ist mehr und mehr das durchaus verständliche Interesse nach möglichst klarer wirtschaftlicher Orientierung zunächst für den eigenen Kreis, dann aber auch für die Gesamtwirtschaft entstanden. Aus dieser besonderen Situation heraus, von den verschiedensten Seiten nachhaltig beeinflusst, ist die Verdichtung der Konjunkturforschungsbestrebungen, ist die Konjunktur der Konjunkturforschung entstanden, der wir uns heute gegenüber befinden.

Sie ist nicht etwa nur, wie überkritische Beurteiler jüngst behaupteten, eine pure Modeangelegenheit, sondern sie ist das Ergebnis wirtschaftlicher



Theorie und Praxis. Unternehmerverbände, Industriekonzerne, Handelskammern, Banken haben für ihre speziellen Arbeits- und Aufgabengebiete exakte statistische Beobachtungen anzustellen und Schlüsse zu ziehen versucht, die sie der Öffentlichkeit nach Belieben mitteilten. Die Gewerkschaften sind für ihre Zwecke auf dem gleichen Wege gefolgt, aus dem Grunde, weil es sich um eine einfache Selbstverständlichkeit handelt. Jede größere Gewerkschaft hat heute ihr volkswirtschaftliches Büro, das zugleich ein Stück Konjunkturbeobachtungsstelle ist. Ohne zu viel zu sagen, kann wohl in diesem Falle zum Ausdruck gebracht werden, daß wir hier sowohl hinsichtlich der technischen Methoden wie zugleich auch bezüglich des Aufgabengebietes noch in den ersten Anfängen stehen.

Die Wirtschafts- und Handelspresse hat sich bemüht, die außerordentlich starken Bedürfnisse nach Konjunkturerforschung zu befriedigen. Die bedeutendsten Versuche seien hier in aller Kürze mitgeteilt: Die „Frankfurter Zeitung“, das beste bürgerliche Handelsblatt, veröffentlicht monatliche Übersichten über die Großhandespreise, die auf eigener sorgfältiger Statistik beruhen. Außerdem bringt sie laufend eine Menge wichtigen statistischen und Beobachtungsmaterials zum Verständnis der Wirtschaftslage. Eine Zusammenfassung und erhebliche Erweiterung erfahren diese für den Tag bestimmten Veröffentlichungen durch die vierteljährlich erscheinende „Wirtschaftskurve“, die in ebenso gedrängter wie zuverlässiger Darstellung, insbesondere durch Kurven und Diagramme alle Erscheinungen des wirtschaftlichen und auch des sozialen Lebens berücksichtigt. Das „Berliner Tageblatt“ bringt wöchentlich an jedem Sonntag unter der charakteristischen Bezeichnung „Wirtschaftsbarometer“ einen Aktienindex, neben einem eigenen Großhandelsindex den des Statistischen Reichsamtes und schließlich einen Index festverzinslicher Werte. Die vorzügliche Wochenschrift „Magazin der Wirtschaft“ bietet neben einer großen Reihe von Artikeln, Notizen und Marktberichten in jedem Heft ein Konjunkturbarometer, das außer interessanten Zahlenreihen durch erklärende Ausführungen die jeweilige Situation zu beleuchten versucht. Zurückhaltender und vorsichtiger ist der Hamburger „Wirtschaftsdienst“, ebenfalls eine Wochenschrift, in Konjunkturfragen. Er veröffentlicht nur in größeren Abständen, nach Bedarf kurze Konjunkturübersichten. Dagegen werden in dieser Zeitschrift grundsätzliche Auseinandersetzungen über den Wert, die Bedeutung und die Möglichkeit der Konjunkturerforschung geführt. Diese Vielseitigkeit und Eifrigkeit der Konjunkturerforschung läßt schon auf den ersten Blick erkennen, daß wir es mit einer schärf ausgeprägten Tendenz zu eingehender und systematischer Wirtschaftsbeobachtung zu tun haben.

Die Errichtung einer zentralen Stelle für Konjunkturerforschung ist versucht worden mit der Schaffung des Instituts für Konjunkturerforschung (in Verbindung mit dem Statistischen Reichsamte). Die Bedeutung dieses Instituts und die Stellung der Arbeiterbewegung zu ihm, desgleichen seine ersten Veröffentlichungen sind in diesen Blättern bereits behandelt worden. Das Berliner Institut arbeitet zusammen mit einer in Essen bestehenden Konjunkturerforschungsstelle, die allerdings sehr stark unter schwerindustriellem Einfluß zu stehen scheint. Das ist bedauerlich. Wissenschaftliche Objektivität ist die erste Voraussetzung zuverlässiger Arbeit besonders auf diesem komplizierten und

verantwortungsvollen Gebiet. In Frankfurt a. M. ist im Laufe des verfloßenen Sommers aus Mitteln der Privatwirtschaft ein Konjunkturforschungsinstitut ins Leben gerufen worden. Größere praktische Arbeiten liegen von dieser Seite jedoch bisher nicht vor. Das ist in aller Kürze in Deutschland der gegenwärtige Stand der Dinge. Da aber das Wesen der Konjunkturforschung heute mehr denn je umstritten ist, die Methoden arg durcheinanderlaufen und außerdem auch die Zielsetzung äußerst unklar ist, sei im folgenden zu den wichtigsten Fragen kurz Stellung genommen.

Wir befinden uns zunächst, ob wir nun das Wirtschaftsleben während der Depression oder während der Prosperität betrachten, einer verwirrenden Fülle von Erscheinungen gegenüber. Zahlenreihen, nichts als Zahlenreihen. Dazu kommen Erfahrungen. Das alles ist Rohmaterial, das verfeinert, durchsichtiger gestaltet werden muß. Schlüsse sollen gezogen, Auskunft soll gegeben werden über den Stand der Wirtschaft. Hier setzt die Tätigkeit der Konjunkturforschung ein. Sie kann aber nicht, wenn sie nicht ziellos umherirren will, aus dem Tag für den Tag arbeiten. Ihr Gesichtskreis muß weiter reichen. Sie muß die kapitalistische Wirtschaft als Gesamtprozeß in Vergangenheit und Gegenwart ins Auge fassen. Daraus folgt die erste Feststellung, daß der Wechsel von Depression und Prosperität, von Krise und Konjunktur die spezifische Form der Bewegung der kapitalistischen Wirtschaft ist. Die bisherige Geschichte des Kapitalismus, die eine Geschichte der Krisen und Konjunkturen ist, liefert uns ein reiches Vergleichsmaterial; sie setzt uns schließlich instand, ein Bild, ein Schema des Konjunkturverlaufs zu konstruieren. Der Wert eines solchen Schemas, das sorgfältig aufgebaut ist auf anderthalbhundertjährigen Beobachtungen, ist unverkennbar. Gegenwärtig beherrschen drei Konjunkturschemata das Feld: das von Prof. Spiethoff, das des Instituts für Konjunkturforschung und das der amerikanischen Harvard-universität. Ihre Skizzierung, zumal sie unschwer zu lesen und zu vergleichen ist, dürfte zum Verständnis des Konjunkturproblems beitragen.

## Stoßung.

### I. Spiethoff

1. **Niedergang:** Sinken der Kapitalanlage, des Eisenverbrauchs, der Eisenerzeugung, des Leihzinses.
2. **Erster Anstieg:** Aufhören der Senkung der Eisenerzeugung, des Eisenverbrauchs, der Kapitalanlage und beginnende schwache Aufwärtsbewegung.

## Aufschwung.

3. **Zweiter Anstieg:** Erheblich vermehrte Kapitalanlage, namentlich in Aktien. Der Eisenverbrauch nähert sich dem Gipfel des früheren Hochschwungs.
4. **Hochschwung:** Steigender Leihzins, Überhöhung des Eisenverbrauchs.
5. **Kapitalmangel:** Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung; Abnahme der Kapitalanlage, hoher Leihzins, Abflauen der Aktienkurse, Abnahme des Wohnungsbaues, Abflauen des Eisenverbrauchs.

## Krise.

6. **Zusammenbruch des Kredits, gehäufte Zahlungseinstellungen.**  
(Nach Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band VI S. 38 Artikel „Krisen“.)

### II. Institut für Konjunkturforschung

1. **Depression:** Warenpreise unberändert, etwas sinkend. Effektenkurse steigen. Geldmarkt flüssig. Tiefstand von Güterproduktion und Verbrauch, zuerst in der Produktionswirtschaft. Stagnation von Ein- und Ausfuhr.

2. **Aufschwung:** Warenpreise steigen. Effektenhausse, am Ende der Phase ausschlaggebend. Erhöhung der Geldsätze. Zunahme von Produktion und Verbrauch, von Ein- und Ausfuhr.
3. **Hochspannung:** Starke Versteifung auf dem Geldmarkt, Finanz- und Kredit-schwierigkeiten, weiteres Sinken der Effektenkurse, Stillstand und Abbröckeln der Warenpreise bei teilweiser scharfer Verschärfung der Preisrelationen (insbesondere von Kapital- und Konsumgütern). Stillstand in der Zunahme der Mengenziffern. Rückgang der „Produktionswirtschaft“, während die „Verbrauchswirtschaft“ zunächst noch steigt. Hemmungen im Auslandsgeschäft.
4. **Krise:** Rückgang der Warenpreise und der Effektenkurse. Kredit- und Finanz-schwierigkeiten führen zu zahlreichen Zusammenbrüchen, schließlich zur Entlastung des Geldmarktes. Scharfer Rückgang der Produktionswirtschaft, später der Verbrauchswirtschaft, Rückgang der Ausfuhr, noch mehr der Einfuhr.

### III. Harvard-Dienst

1. **Depression:** Warenpreise sinken. Effektenkurse steigen. Diskontsätze für Handelswechsel sinken. Bankreierben wachsen. Geschäft ist träge.
2. **Erholung:** Berücksichtige Spekulationsaktivität. Erhöhung der Geschäftsaktivität. Beginn der Preissteigerung. Später Steigen des Diskonts für Handelswechsel.
3. **Prosperität:** Stoden der Effektenpekulation. Weiteres Wachsen der Geschäftstätigkeit, Steigen der Preise und der Diskontsätze, Abnahme der Bankreierben.
4. **Finanzielle Spannung:** Scharfer Rückgang der Wertpapiere. Depression der Spekulation. Stodung der Aufwärtsbewegung des Geschäfts und der Preise. Hohe Diskontsätze, gespannte Banlage.
5. **Industriekrise:** Tiefstand der Wertpapierkurse, Panik der Spekulationsmärkte, Warenliquidation, Preisfall, allgemeine Stodung des Geschäfts, Hochstand der Diskontsätze, Minimalstand der Bankreierben, Ausbruch der Krise.

Das vergleichende Studium dieser drei Schemata, das ohne große Schwierigkeit möglich ist, ist außerordentlich interessant. Was ergibt sich daraus? Jede dieser Konjunkturrechnungen hat ihre Eigenart. Spiethoff glaubt auf gewisse Grundtatsachen der Wirtschaft, auf die sogenannten Ertragsgüter oder die Produktionsmittelindustrie zurückgehen zu müssen und von dem jeweils gewonnenen Resultat bestimmte Ableitungen und Schlußfolgerungen vornehmen zu können. Das Eisen, dessen überragende Bedeutung für die Produktionsmittelindustrien bekannt ist, ist für ihn der Regulator, der Generalnenner der Wirtschaft. Damit in engster Verbindung steht die Menge des vorhandenen Kapitals für Anlagezwecke. Der Grad der Eisenproduktion und des Eisenverbrauchs, der Umfang der Kapitalanlagen ist ihm der Gradmesser für den Stand der Konjunktur. Dieses Schema erscheint höchst einfach, aber bei näherem Zusehen muß doch gesagt werden, daß es sich auf lange Erfahrungen stützt und gut ausbalanciert ist. Das Schema des Instituts für Konjunkturforschung ist breiter, vielseitiger angelegt. Es berücksichtigt die Warenpreise, die Effektenkurse, den Geldmarkt, Produktion und Verbrauch ganz allgemein, Ein- und Ausfuhr. Die Bedeutung der einzelnen Faktoren wechselt in den verschiedenen Stadien der Konjunktur. Der Übergang von der Hochspannung zur Krise stellt die größte Mannigfaltigkeit dar. Der Harvard-Dienst beruht, wie leicht zu finden, auf den Erscheinungen des Geldmarktes. Warenpreise, Börsenkurse, Diskontsätze, Handelswechsel, Banlage bilden den Ausgangspunkt dieses Schemas. Die Einseitigkeit und die Begrenztheit ist nicht schwer zu erkennen.

Jedes dieser Konjunkturschemata hat seine Besonderheiten — gemeinsam ist jedoch allen drei der bewußt kapitalistische Ursprung, die kapitalistische

Konstruktion und die kapitalistische Zwecksetzung. Die moderne Konjunkturforschung ist nicht etwa ein Stück theoretischer Spielerei, sondern sie soll dem Wirtschaftspolitikern ein Anschauungs- und Orientierungsmittel sein — wie von dem Witterungsbarometer das Wetter, so soll er vom Wirtschaftsbarometer die Konjunkturlage ablesen. Wie nun diese Orientierung gerichtet ist, welche Gesichtspunkte, welche Grundsätze maßgebend sind, darauf kommt es an. Gemeinsam ist den drei Schemata, daß sie es streng vermeiden, auf die tieferen Ursachen der Krise und des Konjunkturwechsels einzugehen. Nach ihren eigenen ausdrücklichen Zeugnissen wollen sie darauf verzichten und sich auf eine Beobachtung der Symptome (Symptomatologie) beschränken. Daher kommt es denn auch, daß Spiethoff, Harvard und Statistisches Reichsammt zusammen wohl den Geld-, Effekten- und Warenmarkt erforschen, den Arbeitsmarkt hingegen vollkommen beiseite lassen. Das aber ist der Grundfehler dieser Konjunkturschemata.

In sehr dankenswerter Weise hat an diesem Punkte neuerdings Prof. Lederer mit seiner Arbeit eingesezt. Seine Theorie der Unterkonsumtion als Krisen- und Konjunkturfaktor ist zweifellos geeignet, die Grenzen der bürgerlichen Konjunkturforschung zu sprengen. Sie widerlegt insbesondere Spiethoffs typisch kapitalistische Meinung, die Bildung von Erwerbskapital im Stadium des Hochschwungs werde verursacht durch unverhältnismäßig hohe Löhne. Die Unternehmer, sie hören es gerne. Anstatt den wirklichen Ursachen des Krisenausbruchs nachzugehen, die Systemfehler der kapitalistischen Wirtschaft bloßzulegen, ihre Plan- und Direktionslosigkeit zuzugeben, das billige Vergnügen, sich an die „unverhältnismäßig hohen Löhne“ zu klammern. Aber was verschlägt's? Spiethoff ist ja krisenbegeistert und konjunkturtrunken. Er schreibt: „Was ist der Wechsel von Aufschwung und Stodung für das Wirtschaftsleben? Er bildet das stärkste Mittel, das hätte erdacht werden können, aus dem Menschen an wirtschaftlichem Kraftwillen herauszupressen, was er herzugeben vermag. Im Aufschwung das Zuderbrot des Gewinnes, in der Stodung die Peitsche der Not. Was ist Wirkungsvolleres erfindbar? Dieser Hymnus auf die heilsame Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftskrise steht fast auf der gleichen Stufe wie die Lobpreisung des Krieges. Einem vernünftig denkenden Menschen, dessen Blick über enge Interessentkreise hinausreicht, wird dieses kapitalistische Apologetentum wahrlich nicht imponieren.“

Die Verherrlichung der Wirtschaftskrise ist nicht die Aufgabe der Konjunkturforschung. Noch weniger ist Anlaß vorhanden, anzunehmen, nur der Wechsel von Depression und Prosperität verbürge wirtschaftliches Leben und wirtschaftlichen Fortschritt. Die Bestrebungen des amerikanischen Finanzkapitals, mit Hilfe des Harvard-Dienstes darauf gerichtet, Krisen durch eine entsprechende Geldmarktpolitik möglichst im Keime zu ersticken und zu verhindern, zeigen, daß man in dem fortgeschrittensten kapitalistischen Lande das ökonomische Heil nicht in dem Wechsel von Hochspannung und Zusammenbruch erblickt. Ob es gelingt, ist eine andere Frage. Die bisherigen Erfahrungen reichen zu einem Urteil nicht aus — noch weniger ist zu sagen, wie die Kreditpolitik der Deutschen Reichsbank unter Schachts Führung auf den Konjunkturablauf gewirkt hat. Wie dem auch sei, Spiethoffs Anbetung der Krise verrät ausgesprochene kapitalistische Befangenheit. Gerade die



schnelle Aufeinanderfolge von schweren Wirtschaftskrisen in den Nachkriegsjahren hat auch für die bürgerliche Nationalökonomie das Problem der konjunkturlosen Wirtschaft, das heißt des gleichmäßigen, ungestörten Wirtschaftsablaufs aktuell gemacht.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die Arbeiterorganisationen sind wohl oder übel genötigt, sich regelmäßig über den Stand der Konjunkturforschung zu unterrichten. Weiter: Sie haben besonders auch diese Dinge mit sozialistischen Augen anzusehen. Die marxistische Krisentheorie, deren Überlegenheit unzweifelhaft ist, setzt uns dazu instand. Wo die Mängel der bürgerlichen Konjunkturforschung liegen, ist erkannt. Aus dieser Erkenntnis ist viel zu lernen: Aneignung der differenzierten und hochentwickelten Methodik der bürgerlichen Konjunkturforschung, ihre Anwendung auch auf die Gebiete des Wirtschaftslebens, die bisher völlig unberücksichtigt blieben. Die Anfänge dazu sind da. Schließlich: Die bürgerliche Konjunkturforschung, wie sie ist, bleibt trotz aller Ausstellungen, die zu machen sind, ein wertvolles, ja unentbehrliches Mittel wirtschaftlicher Orientierung. Wir müssen es richtig anzuwenden verstehen, wenn wir uns in den bewegten Kämpfen des Tages behaupten wollen.

\*\*\*

## Vom Akkordlohn

Ein Beitrag zur Diskussion über das amerikanische Vorbild

Julian Borchardt (Berlin)

### III.

Wenn der Lohn sich nach der Arbeitszeit bemißt — pro Stunde soundso viel —, dann bedarf es nur einer sorgsamen Überlegung, wie wir sie angestellt haben, um zu erkennen, daß es in Wahrheit nicht die Leistung ist, die bezahlt wird, sondern die Arbeitskraft (die zwecks Erneuerung der Arbeitskraft erforderlichen Konsummittel). Erfolgt dagegen die Entlohnung nach der Anzahl der fertiggestellten Stücke, so wird der falsche Schein verstärkt, als ob die Leistung bezahlt werde. Verstärkt in dem Wahn, daß sein Einkommen von seiner Leistung abhängt, wird der Arbeiter veranlaßt, seine Leistungen zu vergrößern, was erstens dem Kapital mancherlei Ersparnisse an Aufsicht bringt und zweitens all die Folgen heraufbeschwört, die in der kapitalistischen Wirtschaft von vergrößerter Leistung untrennbar sind.

Aber reden wir hier nicht baren Unsinn? Wir stellen es als falsch hin, daß der Arbeiter durch größere Leistung sein Einkommen vergrößert, während doch jeder, der im Stücklohn arbeitet, jeden Tag die Probe machen kann? Wenn es pro Stück soundso viel Mark oder Pfennige gibt, ist es dann etwa nicht wahr, daß bei Leistung von, sagen wir 10 Prozent mehr der Arbeiter auch 10 Prozent mehr Lohn kriegt?

Selbstverständlich ist das wahr — für eine Weile. Doch wir wollen die Sache in aller Ruhe theoretisch weiter überlegen, und wenn wir am Ende sind, mag jeder selbst sagen, ob seine praktischen Erfahrungen damit übereinstimmen oder nicht.

Mehr als der Zeitlohn spornt der Stücklohn die Arbeiter zur Vergrößerung ihrer Leistungen an. Vergrößerte Leistung bedeutet vermehrten

Aufwand an Arbeitskraft und erfordert vermehrten Verbrauch von Konsummitteln. Nun ist der Wert der Arbeitskraft nichts anderes als die Menge Konsummittel, die zu ihrer regelmäßigen Erneuerung nötig sind. Bei vermehrter Leistung braucht der Arbeiter mehr Konsummittel, das heißt der Wert seiner Arbeitskraft wird größer. Und nun ist die Frage, ob der Lohn um ebensoviele steigt. Die deutschen Unternehmer sind ja, wie oben bemerkt, in solchen Fällen nicht schnell darauf bedacht, den Akkordsatz zu senken, so daß der Arbeiter merkt, daß er, wenn auch mehr als früher, doch nicht soviel mehr bekommt, wie er erwartet hat. Aber die Amerikaner tun das angeblich nicht. Setzen wir also den Fall, daß keine Senkung des Akkordsatzes eintritt, so liegt doch immer noch die Möglichkeit vor, daß von vornherein der Lohn nicht in demselben Maße zunimmt wie der Verschleiß der Arbeitskraft. Wenn der Arbeiter durch stärkere Anspannung 10 Prozent mehr leistet und dafür auch 10 Prozent mehr Lohn kriegt, so ist es doch möglich, daß sein Bedarf infolge der größeren Anstrengung um 11 oder 12 oder 15 Prozent wächst. Daß dies in der Wirklichkeit oft genug eintritt, wird vermutlich jeder schon mal erlebt haben. Am deutlichsten ist das in den letzten Jahren wiederholt bei der Erwerbslosenunterstützung zutage getreten. Nach der Behauptung der Unternehmerpresse (bestimmte Fälle können auf Wunsch angeführt werden) sollen wiederholt Arbeitslose sich ausgerechnet haben, daß der Lohn bei Übernahme einer Arbeit nicht groß genug sei, um ihnen die größeren Aufwendungen für kräftigeres Essen, Abnutzung der Kleider usw. zu ersetzen. In solchen Fällen kriegt also der Arbeiter bei scheinbar höherem Lohn tatsächlich weniger als zuvor. Dazu kommt aber noch ein zweites.

Durch den Verzehr der Konsummittel erneuert der Arbeiter nicht nur seine Arbeitskraft, sondern er erhält dadurch sein Leben. Das ist für ihn sogar die Hauptsache bei dem Geschäft. Nur deshalb verkauft er seine Arbeitskraft. Und zwar will er sein Leben nicht nur für heute und morgen, sondern für eine normale Dauer erhalten. Mag man diese nun auf 40 oder 50 oder 70 Jahre berechnen, immer liegt darin, daß er an jedem einzelnen Arbeitstage soviel verdienen muß, um — abgesehen von Unfällen — jene normale Dauer erreichen zu können. Demnach bemißt sich der Tageswert der Arbeitskraft nicht schlechtweg nach der Menge Unterhaltungsmittel, die der einzelne Tag erfordert, sondern er ist gleich der gesamten Menge Konsummittel, die der Arbeiter während der normalen Dauer seines ganzen Lebens verzehrt, dividiert durch die Anzahl Arbeitstage, die es während jener Lebensdauer gibt.

Zahlenbeispiele sind stets geeignet, solche Dinge zu veranschaulichen. Nehmen wir deshalb an, die normale Lebensdauer des Arbeiters sei 55 Jahre, darunter 40 Arbeitsjahre zu je 300 Arbeitstagen. Das ergibt eine Summe von 12 000 Arbeitstagen. Der Unterhalt, um diese normale Lebensdauer zu erreichen, koste 2000 Mk. jährlich. Dann muß der Arbeiter insgesamt 80 000 Mk., für jeden einzelnen Arbeitstag  $6\frac{2}{3}$  Mk. kriegen. Soviel ist seine Arbeitskraft dann wert.<sup>1</sup>

Nun ist kein Zweifel, daß durch stärkere Anspannung die Arbeitskraft schneller abgenutzt wird. Es genügt, an das Beispiel vom Grobschmied zu

<sup>1</sup> Der Leser begreift, daß hier nicht etwa behauptet wird, der Tageswert der Arbeitskraft sei  $6\frac{2}{3}$  Mk. Vielmehr ist dies willkürlich gewähltes Beispiel, das ebenjogut durch jede andere Zahl ersetzt werden kann.

erinnern, das Karl Marx den Berichten eines englischen Arztes entnommen hat<sup>1</sup> und das jeder Metallarbeiter aus seiner eigenen Erfahrung bestätigen wird: „Er kann soviel Hammerschläge täglich schlagen, soviel Schritte gehen, soviel Atemzüge holen, soviel Werk verrichten und durchschnittlich sage 50 Jahre leben. Man zwingt ihn, soviel mehr Schläge zu schlagen, soviel mehr Schritte zu gehen, soviel öfter des Tages zu atmen und alles zusammen seine Lebensaufgabe täglich um ein Viertel zu vermehren. Das Resultat ist, daß er eine beschränkte Zeitlang ein Viertel mehr Werk verrichtet und dafür im 37. Jahre statt im 50. stirbt.“

Die Verausgabung der Arbeitskraft erfolgt also jetzt in kürzerer Zeit. Es ist klar, daß dadurch ihr Tageswert größer wird. Sehen wir den Fall, die Gesamtdauer, in der die Arbeitskraft leistungsfähig bleibt, werde durch die schärfere Anspannung in unserm obigen Beispiel von 12 000 auf 10 000 Tage verkürzt, dann muß der Arbeiter pro Tag 8 Mk. (statt  $6\frac{2}{3}$  Mk.) kriegen, wenn anders er während seiner ganzen Lebensdauer den vollen Wert seiner Arbeitskraft, 80 000 Mk. empfangen soll. Dabei ist noch angenommen, daß der Totalwert der Arbeitskraft, eben jene 80 000 Mk., unverändert bleibt. Und das ist zweifellos eine zu günstige Voraussetzung, weil ja eben bei intensiverer Arbeit mehr verzehrt werden muß, um die Arbeitskraft zu erneuern und das Leben zu erhalten.

Mit all dem ist bewiesen, daß in dem höheren Lohn für intensivere Arbeit noch durchaus kein Vorteil für den Arbeiter liegen muß. Im Gegenteil sehen wir: wenn die Lohnerhöhung nicht mindestens gleich ist dem größeren Konsum an Unterhaltungsmitteln und dem schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft, so hat der Arbeiter Nachteil davon.

Es bedarf wohl keiner besonderen Ausführungen, daß dies alles auch für verlängerte Tagesarbeit ohne schärfere Anspannung innerhalb der einzelnen Stunde gilt, das heißt bei Erhöhung des Zeitlohnes durch Überstunden. Auch dann steigt der tägliche Verschleiß der Arbeitskraft, es sinkt also ihre Lebensdauer und es wächst die Menge Konsummittel, die verzehrt werden müssen, um sie zu erneuern.

Ist nun die Zugabe an Lohn, die das Kapital dem Arbeiter in solchen Fällen gewährt, groß genug, um die schnellere Abnutzung der Arbeitskraft und den größeren Konsum auszugleichen? Das ist die entscheidende Frage. Karl Marx verneint sie. Beim Zeitlohn dürfte es in der Tat in die Augen fallen, daß er Recht hat. Überstunden werden in der Regel etwas höher bezahlt, als die normalen Arbeitsstunden. Das geschah auch schon zu Marx' Zeit, lange vor den modernen Tarifverträgen und auch vor jedem Eingriff der Gesetzgebung. „In vielen Industriezweigen, wo Zeitlohn vorherrscht,“ schreibt Marx,<sup>2</sup> „ohne gesetzliche Schranken der Arbeitszeit, hat sich naturwüchsig die Gewohnheit herausgebildet, daß der Arbeitstag nur bis zu einem gewissen Punkt, zum Beispiel bis zum Ablauf der zehnten Stunde, als normal gilt. Jenseits dieser Grenze bildet die Arbeitszeit Überzeit und wird, die Stunde als Maßeinheit genommen, besser bezahlt, obgleich oft in lächerlich kleiner Proportion.“ Wenn die Mehrbezahlung pro Überstunde „lächerlich

<sup>1</sup> In meiner „Gemeinverständlichen Ausgabe“ von Karl Marx' „Kapital“ (Verlagsgesellschaft des ADGB, 1925) S. 107.

<sup>2</sup> Kapital Bd. I Kap. 18, Volksausgabe von Karl Rautsky S. 482.

klein" ist, dann kann sie selbstverständlich den höheren Wert der Arbeitskraft nicht aufwiegen. Aber das dicke Ende kommt nach: häufige Überstunden pflegen die Lohnhöhe allgemein zu senken und damit selbstverständlich auch ihre eigene Bezahlung. „Es ist allgemein bekannte Tatsache,“ sagt Marx,<sup>1</sup> „daß, je länger der Arbeitstag in einem Industriezweig, um so niedriger der Arbeitslohn.“ Und es sollte mich wundern, wenn nicht so ziemlich jeder Arbeiter die Wahrheit dieses Ausspruchs (die Marx für die damalige Zeit, 1839 bis 1859, mit Beispielen belegt) nicht schon am eigenen Leibe erfahren haben sollte. Ich wenigstens — den 11 Jahren meiner Tätigkeit in der Industrie, zu einer Zeit, da ich von Karl Marx noch nichts wußte — habe wiederholt folgende Beobachtung gemacht: Da die Löhne erbärmlich niedrig waren, so drängten sich die Arbeiter zu Überstunden, um ihr Einkommen ein wenig aufzubessern. Das erreichten sie zunächst auch, aber immer nur für einige Zeit. Allmählich begann eine Lohnsenkung ohne Wiederverfürgung der Arbeitszeit, und nach einer mehr oder minder langen Frist betrug der Lohn **einschließlich** der Überstunden nur noch ebensoviel wie früher ohne diese.

Soweit es sich um Überstunden bei Zeitlohn handelt, sind sich die Arbeiter wohl auch bewußt, daß sie auf die Dauer zu allgemeiner Lohnsenkung führen. Und auch über den Grund scheint man sich klar zu sein: es ist die gesteigerte Konkurrenz, die sich die Arbeiter gegenseitig machen, und die sie auf die Dauer zwingt, sich zu unterbieten bzw. mit schlechteren Arbeitsbedingungen vorlieb zu nehmen.

„Vergebens sucht der Arbeiter die Masse seines Arbeitslohns zu behaupten, indem er mehr arbeitet... Je mehr er arbeitet, um so weniger Lohn erhält er, aus dem einfachen Grunde, weil er in demselben Maße seinen Mitarbeitern Konkurrenz macht, sich daher ebensoviele Konkurrenten aus seinen Mitarbeitern macht, die sich zu ebenso schlechten Bedingungen anbieten wie er selbst.“

So hat Mehring<sup>2</sup> treffend die Gedanken zusammengefaßt, die Karl Marx darüber in der Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ äußert.

#### IV.

Kann dies beim Akkordlohn anders sein? Wir haben bereits oben gesehen: „Der Stücklohn ist nichts als verwandelte Form des Zeitlohns.“ Es kann keinen Unterschied machen, ob die Mehrarbeit geleistet wird, indem der Arbeiter „mehr Stunden tätig ist“ oder indem er „mehr in denselben Stunden liefert“ (Mehring). In beiden Fällen muß das eintreten, was Marx<sup>3</sup> mit folgenden Worten beschreibt:

Berichtet ein Mann das Werk von 1½ oder 2 Männern, so wächst die Zufuhr der Arbeit, wenn auch die Zufuhr der... Arbeitskräfte unverändert bleibt. Die so unter den Arbeitern erzeugte Konkurrenz befähigt den Kapitalisten, den Preis der Arbeit herabzudrücken.“

Marx belegt dies mit folgendem Zitat aus den Berichten der englischen Fabrikinspektion vom 31. Oktober 1848: Wenn ein Fabrikarbeiter z. B. verweigerte, die hergebrachte lange Stundenzahl zu arbeiten, „würde er sehr bald durch jemand, der bereit ist, beliebig lange zu arbeiten, ersetzt und aus der Beschäftigung verdrängt werden“.

<sup>1</sup> An derselben Stelle S. 483.

<sup>2</sup> Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. I S. 343.

<sup>3</sup> Kapital, an derselben Stelle S. 484.



Der Unterschied des Stücklohns gegenüber dem Zeitlohn besteht vornehmlich darin, daß er (wie oben bereits bemerkt) das wirkliche Verhältnis zwischen Arbeiter und Kapitalisten mit einem falschen Schein umgibt<sup>1</sup> und dadurch den Arbeiter um so stärker und erfolgreicher zu vermehrter Leistung drängt. Das kann nur die Lage des Arbeiters gegenüber dem Kapital noch ungünstiger gestalten. Gerade so wie beim Zeitlohn die Überstunden allmählich mit zur normalen Arbeitszeit rechnen und der Arbeitstag ohne Extrabezahlung verlängert wird, gerade so steigert der Akkordlohn auf die Dauer das, was als normale Intensität der Arbeit gilt. „Bei Stücklohn ist es natürlich das persönliche Interesse des Arbeiters, seine Arbeitskraft möglichst intensiv anzuspannen, was dem Kapitalisten eine Erhöhung des Normalgrads der Intensität erleichtert,“ sagt Marx.<sup>2</sup> Und wer wollte nicht erkennen, daß es bis auf den heutigen Tag ebenso geblieben ist, wenn Marx dies durch folgende Schilderung aus dem Jahre 1860 illustriert:

„Diesem naturwüchsigen Resultat wird oft künstlich unter die Arme gegriffen. Zum Beispiel im Maschinenbau von London gilt es als herkömmlicher Kniff, daß der Kapitalist einen Mann von überlegener physischer Kraft und Fertigkeit zum Chef einer Arbeiterzahl auswählt. Er zahlt ihm vierteljährlich oder in anderen Terminen einen Zuschußlohn unter der Übereinkunft, alles mögliche anzubieten, um seine Mitarbeiter, die nur den gewöhnlichen Lohn erhalten, zur äußersten Racheiferung anzustacheln... Ohne weiteren Kommentar erklärt dies die Kapitalistenklage über Lähmung der Tätigkeit oder überlegenen Geschicklichkeit und Arbeitskraft durch die Gewerkschaften.“

Desgleichen erhöht der Stücklohn den Drang des Arbeiters nach Überstunden, weil er ja ständig in dem Wahn lebt, durch vermehrte Leistung sein Einkommen dauernd zu erhöhen. Es müssen daher dieselben Folgen eintreten wie beim Zeitlohn, nur in verstärktem Grade. Hat doch im Jahre 1858 die englische Kommission zur Untersuchung der Kinderarbeit die körperliche Degeneration der Töpfer auf dieses „für die Kapitalisten so vorteilhafte Stücklohnsystem“ zurückgeführt, weil es „den jungen Töpfer zu großer Überarbeit ermuntert, während der 4 oder 5 Jahre, worin er pro Stück, aber zu niedrigem Preis, bezahlt wird“.

Eine wichtige Eigenschaft des Akkordlohnes ist nun aber noch die, daß er die Arbeiter untereinander uneinig macht, weil er verschiedene Entlohnung ermöglicht. „Beim Zeitlohn,“ schreibt Marx, „herrscht mit wenigen Ausnahmen gleicher Arbeitslohn für dieselben Funktionen, während beim Stücklohn... der Tages- oder Wochenlohn wechselt mit der individuellen Verschiedenheit der Arbeiter... In bezug auf die wirkliche Einnahme treten hier also große Unterschiede ein je nach dem verschiedenen Geschick, Kraft, Energie, Ausdauer usw. der einzelnen Arbeiter.“ Vor gewerkschaftlich geschulten Lesern brauche ich nicht auseinanderzusetzen, wie sehr dieser Umstand geeignet ist, Zwietracht unter den Arbeitern zu säen, ihr Zusammenhalten und damit den gemeinsamen Widerstand gegen die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu erschweren, kurz einen Teil der Arbeiter durch bessere Be-

<sup>1</sup> Akkordarbeiter sind in Wirklichkeit ihre eigenen Unternehmer, gerade indem sie an dem Kapital ihres Beschäftigers arbeiten.“ Dieser von Marx zitierte Ausspruch eines bürgerlichen Schriftstellers zeigt, wie weit der falsche Schein gehen kann. — Der Satz ist bei Kautsky falsch übersetzt: „selbst wenn“ statt „gerade indem“.

<sup>2</sup> Kapital Bd. I Kap. 19, Volksausgabe S. 489.

zahlung zu bestechen, so daß sie die Sache ihrer Arbeitsbrüder verlassen und — besangen in dem Irrtum, für sich selbst auf solche Weise am besten zu sorgen — dem Kapital als Stützpunkt dienen, seinen Profit auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft zu vergrößern.

Was ergibt sich aus diesen Erörterungen über die Natur des Akkordlohnes, soweit er sich vom Zeitlohn unterscheidet? Er begünstigt zunächst einen Teil der Arbeiter, indem er ihnen für größere Leistung tatsächlich einen größeren Lohn zahlt. Sie liefern mehr als den Durchschnitt und bekommen dafür auch mehr als den Durchschnitt. Dies aber, wie man nun deutlich sieht, gilt nicht für alle Arbeiter, sondern nur für diejenigen, die zufällig vor den anderen etwas voraus haben an Körperkraft oder Geschicklichkeit oder Interesse für eine bestimmte Arbeit usw. Die Sache beginnt also damit, daß ein Teil der Arbeiter wirklich Vorteil davon hat: sie kriegen mehr als den durchschnittlichen Lohn. Aber auf dem Wege, der in den vorstehenden Darlegungen ausführlich geschildert worden, wird eben durch den Akkordlohn die durchschnittliche Höhe des Gesamtlohnes gesenkt. Dann bekommen freilich jene Ausertwählten immer noch mehr als den Durchschnitt, was jedoch auf die Dauer weniger sein kann, als sie vorher bekamen. Und für den Kapitalisten springt auf alle Fälle der Vorteil heraus, daß er insgesamt kleineren Lohn bezahlt als zuvor, selbst wenn einzelne Arbeiter noch für eine längere Frist mehr bekommen sollten. Dies drückt Marx mit den Worten aus: „Der Akkordlohn hat die Tendenz, mit der Erhebung individueller Arbeitslöhne über das Durchschnittsniveau dieses Niveau selbst zu senken.“ Und er beweist die Richtigkeit seines Ausspruches mit einer Menge geschichtlicher Tatsachen über die Höhe der englischen Arbeitslöhne seiner Zeit und der vorangegangenen Jahrzehnte. (Namentlich für die Zeit von 1797 bis 1815, welche die Entstehung des englischen Großkapitalismus brachte, gestützt auf eine ausgiebige Anwendung des Akkordlohnes.) Selbstverständlich braucht das, was vor hundert Jahren galt, darum heute unter gänzlich veränderten Umständen nicht ebenfalls zuzutreffen. Aber jeder Arbeiter mag seine persönlichen Erfahrungen, die er während seiner Lebenszeit gemacht hat, vergleichen, ob sie nicht mit Marx' theoretischen Schlußfolgerungen übereinstimmen. Noch besser wäre es, wenn eine große Gewerkschaft einem Fachmann den Auftrag erteilte, die tatsächliche Entwicklung der Arbeitslöhne in den großkapitalistischen Ländern etwa seit 1890 bis auf den heutigen Tag zu untersuchen und darzustellen. Ich zweifle nicht, daß eine glatte Bestätigung der Marxschen Lehre herauskommen würde.

Was sich daraus ergibt für den weiteren Verlauf der Dinge in Amerika und für die Nachahmung des amerikanischen Vorbildes in Deutschland, das kann sich jeder Leser selbst sagen. ::::

## Erkrankungen und Sterblichkeitsverhältnisse der Metallarbeiter

Professor Dr. W. Hanauer (Frankfurt a. M.)

Aber die Erkrankungen und Sterblichkeitsverhältnisse der einzelnen Berufe wären natürlich die Krankentassen am ersten in der Lage, erschöpfende Auskunft zu geben. Jedoch ist in den wenigsten Fällen das Material sach-

gemäß verarbeitet worden und schlummert in den Archiven der Krankenkassen. Sachgemäße Bearbeitungen liegen eigentlich bisher nur von der Frankfurter und Leipziger Ortskrankenkasse vor und unsere Kenntnisse über die Erkrankungsverhältnisse der verschiedenen gewerblichen Berufe beziehen sich auf die Bearbeitung der Leipziger und Frankfurter Ortskrankenkasse und deren Ergebnisse. Um einen Vergleich unter den verschiedenen Berufen zu ermöglichen, gelangte die Erkrankungshäufigkeit, die Krankheitsdauer und die Erkrankungen an besonders wichtigen Affektionen zur Darstellung. Die Erkrankungshäufigkeit bei den verschiedenen Berufen ist aber nicht allein abhängig von den Berufsschädlichkeiten im engeren Sinne, sondern auch von der Konstitution des Arbeiters, davon ob mehr oder minder von vornherein kräftigere oder schwächliche Menschen sich einem Beruf zuwenden, ferner von den gesamten sozial-wirtschaftlichen Verhältnissen, davon ob der Arbeiter in der Groß- oder Kleinindustrie beschäftigt ist (in der Großindustrie sind bekanntlich die Arbeitsbedingungen günstiger als in der Kleinindustrie), endlich sind die Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse abhängig von dem Alter der Arbeiter, da mit zunehmendem Alter auch die Morbidität und Mortalität zunimmt. Diese Vorbemerkung ist notwendig zum Verständnis der Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse der Metallarbeiter.

Nach der Statistik der Krankenkasse zu Frankfurt a. M. erkrankten, wie wir dem Grundriß der Berufshygiene von Chajes entnehmen, von 100 männlichen Mitgliedern:

	überhaupt	erwerbsfähig	erwerbsunfähig
Schlosser und Schmiede . . .	78,9	47,4	42,4
Mechaniker und Uhrmacher . .	71,3	51,1	33,2
Graveure und Bijeleure . . .	67,5	55,3	24,2
Spengler . . . . .	63,3	41,3	35,3
Installateure . . . . .	58,1	33,6	38,3
Dagegen:			
Fabrikarbeiter . . . . .	66,2	35,3	42,1
Alle Berufe . . . . .	64,7	41,2	35,0

Auch bei der Leipziger Ortskrankenkasse zeigten die Berufe in der Erkrankungsziffer dieselbe Reihenfolge. Bei den Wiener Verbandskrankenkassen war die Erkrankungsziffer mit 25 Prozent bei den Optikern und Berggoldern am niedrigsten, bei den Siefnern und Kupferschmieden betrug sie das Doppelte. Die Sterblichkeitsziffer betrug bei den Hufschmieden 0,75 Prozent, bei den Schlossern 0,75 bis 1 Prozent, bei den Mechanikern und Spenglern 1 bis 1,25 Prozent, bei den Siefnern und Graveuren 1,25 bis 1,5 Prozent, bei den Feinzeugschmieden 1,5 bis 1,75 Prozent. Die Feilenhauer zeigen eine sehr hohe Erkrankungsziffer; nach der Leipziger Statistik erkrankten im Alter von 15 bis 34 Jahren 45,4 Prozent, von 35 bis 54 Jahren 61,5 Prozent, während der Durchschnitt aller Berufe 36,6 bzw. 44,4 Prozent beträgt. Auch die Metallschleifer zeigen besonders ungünstige Gesundheitsverhältnisse. Im Solinger Industriebezirk starben 1885 bis 1895 20,62 Prozent, meist an Tuberkulose, 1904 dagegen nur 10,4 Prozent.

Während diese Statistiken älteren Zeiten angehören, ist es als eine erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß neuerdings der Düsseldorfer Landesgewerbearzt Dr. Teschly auf Grund der Listen der rheinischen Orts- und Betriebskrankenkassen eine Statistik aufgemacht hat, die ein neues Licht über die Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse der Metallarbeiter der

Gegentwart ausbreitet. Was das Alter der bei den Krankenkassen versicherten Metallarbeiter anlangt, so stellt er fest, daß gegenüber dem Jahre 1912 sich die Altersverhältnisse der Versicherten stark verschoben haben, und zwar nach den höheren Altersklassen hin: es sind gerade die Großbetriebe, die eine verhältnismäßig größere Zahl der über 60jährigen beschäftigen, während in den Kleinbetrieben eine größere Zahl Jugendlicher (Lehrlinge und Hilfsarbeiter) und eine größere Zahl im mittleren Alter Arbeit finden. Die Metallarbeiter, und zwar die Arbeiter in der Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente stehen bezüglich ihrer Erkrankungshäufigkeit nahe am Durchschnitt, in vielen Orten ist aber ihre Krankheitshäufigkeit über dem Durchschnitt. Die Tuberkulosehäufigkeit entspricht meist annähernd dem Durchschnitt der betreffenden Krankenkasse oder bleibt etwas unter ihm zurück. Groß ist die Zahl der Verletzungen, sie überschreitet durchweg den Durchschnitt der Gesamtmitglieder, zeigt in einer Krankenkasse 6,2 Prozent, in einer andern 17,5 Prozent, während der Gesamtdurchschnitt aller Krankenkassen zwischen 7 und 13,4 Prozent bezüglich der Verletzungshäufigkeit schwankt.

Was die Betriebskrankenkassen anlangt, so steht am günstigsten da ein Metallbetrieb mit ärztlicher Voruntersuchung mit einem Erkrankungsprozent von 31,0, bei dem die Verletzungshäufigkeit nur 6,3 Prozent, die Tuberkulosehäufigkeit nur 0,79 Prozent beträgt. Ihm sehr nahe stehen die hierher gehörigen Betriebe der Firma Krupp. Relativ klein ist hier die Zahl der Verletzungen, 8,7 bzw. 5,14 Prozent. Bei diesen Betrieben der Firma Krupp ist auffallend, daß zwar, wie überall, bei der jüngsten Altersgruppe die Zahl der Verletzungen am größten ist und von da ab sinkt, daß aber kein neuerliches Aufsteigen in den höchsten Altersklassen stattfindet, was wohl auf eine Zuweisung der Alten zu geeigneter Beschäftigung zurückzuführen ist.

Die Erkrankungshäufigkeit der Atmungsorgane ist im allgemeinen nicht groß, sie schwankt zwischen 7 und 8 Prozent, die Zahl der Grippefälle weist große Differenzen auf, ebenso die Zahl der Magen- und Darmkrankheiten zeigt große Verschiedenheiten, in 3 Betrieben überschreitet sie 7 Prozent. Zusammenfassend stellt Dr. Teleky fest, daß die Erkrankungshäufigkeit der Metallarbeiter einschließlich der Eisenhüttenwerke nach Ausweis der rheinischen Krankenkassen eine relativ große ist, sie übertrifft im allgemeinen den Durchschnitt der übrigen Arbeiterschaft, insbesondere scheint in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau die Erkrankungshäufigkeit eine große zu sein, größer als in den Hüttenwerken, in denen durch Selbstausslese und ärztliche Untersuchungen eine strenge Siebung der Mannschaften vorgenommen wird, sie scheint auch in den größeren Werken der Metallbearbeitung mit Ausnahme von Krupp größer zu sein, als in den bei den Ortskrankenkassen versicherten Kleinbetrieben.

Unter den Erkrankungen nehmen die Verletzungen einen sehr großen Platz ein, besonders in der jüngsten Altersgruppe. Die Tuberkuloseverbreitung ist gering in der eigentlichen Schwerindustrie, scheinbar vor allem infolge strenger Selbstausslese und ärztlicher Untersuchung. Sie scheint aber in der Metallbearbeitung und der Maschinenindustrie über dem Durchschnitt zu stehen. Die Sterblichkeit der Metallarbeiter in den Ortskrankenkassen ist eine recht hohe (9,2 vom Tausend). Die hohe Erkrankungsziffer tritt besonders



scharf vom 50. Lebensjahre hervor, während die Sterblichkeit bis zum 40. Jahre nicht als auffallend hoch zu bezeichnen ist. In letzterem kann man wohl die gute Wirkung der Berufsauslese sehen, während die hohe Erkrankungs-ziffer der älteren Leute den starken Aufbrauch dieser Berufsgruppe zeigt. Im Vergleich zu anderen größeren Berufsgruppen zeigt die Metall-industrie mit 9 vom Tausend die größte Sterblichkeit, die günstigste Sterblichkeit unter 7 vom Tausend zeigen die Textilindustrie und die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, eine mittlere Sterblichkeit von 7 bis 9 vom Tausend zeigt das Baugewerbe, das Handelsgewerbe und die chemische Industrie. Recht wertvoll ist, daß Teleky die Erkrankungshäufigkeit für die verschiedenen Geschlechter besonders berechnet hat. Es ergab sich, daß die Erkrankungshäufigkeit bei den Frauen in allen Krankenkassen größer war als die der Männer. In der Metallverarbeitung steht überall, mit Ausnahme von Barmen, die Erkrankungshäufigkeit über dem Durchschnitt, in manchen Städten, wie in Köln und Düsseldorf, ganz gewaltig. Die Verletzungshäufigkeit ist überall, und zwar zum Teil sehr bedeutend, die Tuberkulosehäufigkeit ist in den meisten Orten beträchtlich über dem Durchschnitt. Auch ist die Sterblichkeit der Metallarbeiterinnen größer als bei anderen weiblichen Berufsgruppen, mit denen ein Vergleich möglich ist. Im allgemeinen spielen in der Erkrankungshäufigkeit der Frauen allgemeine Erschöpfungszustände, Blutarmut, die Tuberkulose und die Erkrankungen der Geschlechtsorgane eine Rolle. Die Zahl der Fehlgeburten ist sehr groß. Nach den Rassen ausweisen abortieren jährlich fast 5 Proz. der im Alter von 20 bis 40 Jahren Befindlichen. Die höhere Erkrankungs-ziffer der Frau hängt eng zusammen mit ihrer Geschlechtsfunktion, aber nicht nur mit der rein physischen, sondern wohl auch mit der durch diese bedingten sozialen und wirtschaftlichen.

Häufig vorkommende Erkrankungen bei den Metallarbeitern sind Hautentzündungen, Flechten, Geschwüre bei Schmieden, Feilern und Galvanisieren; Plattfuß, K-Bein, Anschwellung der Knie bei Schmieden, Schlossern und Kesselschmieden; Augenschädigungen durch Hitze, Verletzungen, Lichtwirkungen werden bei den meisten Metallarbeitern beobachtet. Schädigungen des Gehörs durch Lärm findet sich bei Kesselschmieden, Schlossern und Schmieden. Erkrankungen der Atmungsorgane werden durch Staubentwicklung, Einwirkung von Säuredämpfen und Gasen, Erkältungen infolge von Hitze und Temperaturwechsel begünstigt. Aber auch Erkrankungen des Herzens und der Gefäße sind häufig, besonders bei Schmieden, wo die Hitze und anstrengende Arbeit zusammen schädigend wirken.

## Die Aluminiumgewinnung

Karl Mater (Stuttgart)

Die Entwicklung der Industrie, der Technik und des Verkehrs stand bis zum Kriege fast ausschließlich unter der Verwendung des Eisens. Heute ist die Zeit der „ausschließlichen Herrschaft der Schwermetalle“ überwunden, wir sind in das Zeitalter der Leichtmetalle eingetreten. Unter diesen tritt das Aluminium führend hervor.

Die ausgezeichneten physikalischen und chemischen Eigenschaften des Alu-

miniums, besonders sein geringes spezifisches Gewicht, seine Widerstandsfähigkeit gegen atmosphärische Einflüsse und chemische Substanzen, die große Zähigkeit und die schöne weiße Farbe ermöglichen eine umfangreiche Verwendungsfähigkeit, und schon ein flüchtiger Blick auf das heutige Wirtschaftsleben und die Technik zeigt, in welchem Umfang das Aluminium sich im letzten Jahrzehnt Eingang verschafft hat.

Die — allerdings stark übertriebenen — Erwartungen, die bei der Entdeckung an das Aluminium geknüpft wurden, haben sich nicht in vollem Umfang erfüllt, aber die Verwendungsmöglichkeiten sind noch keineswegs erschöpft, scheinen sich sogar ständig auszudehnen. Zunächst in der Elektrizitätsindustrie, die in zunehmendem Maße für Starkstromfreileitungen Aluminium an Stelle von Kupfer verwendet. Auch der Konsum der Autoindustrie an Aluminium dehnt sich immer weiter aus, ebenso der Bedarf der Flugzeugwerke. Neue bedeutende Absatzgebiete liegen in der Nahrungsmittel- und in der chemischen Industrie, wo Gefäße und Kessel aus Aluminium sich außerordentlich bewähren. Auf dem Gebiet des Verkehrswesens sind Bestrebungen im Gang, durch besondere Edelmetalllegierungen dem Aluminium weitesten Absatz zu eröffnen und im Schiffbau wird die Verwendung von Aluminium mehr und mehr in Betracht gezogen.

Die gewaltige Zunahme der Aluminiumerzeugung und des Aluminiumverbrauchs sind mit einigen Zahlen gekennzeichnet. Es betrug nach einer Statistik der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. in 1000 Metertonnen

	im Jahre 1913	1914	1915	1916	1917	1918
die Welterzeugung . . .	64,8	83,5	81,7	115,1	156,0	179,9
der Weltverbrauch . . .	66,8	83,6	79,6	121,1	164,2	196,0

Etwa 90 Prozent des erzeugten Aluminiums dürften in den Jahren 1914 bis 1918 zu Kriegszwecken verwendet worden sein. In den ersten Jahren nach Friedensschluß nahmen Erzeugung und Verbrauch nur wenig ab, ein Beweis für den wichtigen Antrieb, den die Aluminiumindustrie durch die Kriegswirtschaft erfuhr. Die eingetretene Übererzeugung konnte in der Friedenswirtschaft nicht beibehalten werden und die Wirtschaftskrisen in verschiedenen Ländern trugen das Ihrige zu einer Herabminderung der Erzeugung bei. Im Jahre 1921 ging die Erzeugung und der Verbrauch auf die Hälfte der Erzeugung von 1918 zurück. Aber schon das Jahr 1922 brachte wieder einen Auftrieb, der sich fortsetzte, so daß das Jahr 1924 eine in keinem Jahr zuvor erreichte Höhe der Erzeugung brachte. Erzeugung und Verbrauch in den Jahren 1919 bis 1925 sind folgenden Zahlen zu entnehmen. Es betrug in 1000 Metertonnen

	im Jahre 1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
die Welterzeugung	156,0	158,1	90,4	112,7	170,0	188,0	180,0
der Weltverbrauch	156,1	165,9	86,0	118,0	173,5	187,0	180,0

Den Grundstoff für die Gewinnung von Aluminium bilden zwei Mineralien, ein auf Grönland vorkommendes Doppelfluorid des Aluminiums, Kryolith genannt und als Hauptgrundstoff ein Gemisch von Aluminiumoxydhydrat, Eisenoxydhydrat und Kieselsäure, das Bauxit genannt wird. Die Bezeichnung rührt von der Landschaft Baux in Frankreich her, wo das Tonerdehydrat zuerst gefunden wurde. Hauptfundorte sind heute noch die

Departements Var, Hérault, Bouches du Rhone und Ariège in Frankreich. Im Departement Var zum Beispiel wurde vor dem Krieg rund die Hälfte der gesamten Weltförderung an Bauxit gewonnen, doch sind inzwischen eine Reihe weiterer Fundorte erschlossen worden. In Kanada und Arkansas, in Dalmatien und Istrien, in Siebenbürgen, am Vogelsberg in Hessen, in Italien und anderen Orten ist Bauxit gefunden worden. Bauxit ist entstanden durch Einwirkung von Meerwasser unter Druck und hoher Temperatur auf Eisen- und Tonerdematerial und die Bauxitlager bilden konische Taschen oder sie finden sich als Gangausfüllungen zwischen Kalkschichten. Das Bauxit wird auch zur Herstellung von Zement, feuerfesten Ziegeln und Ziegeln, von Weg-, Schleif- und Poliersteinen, Mühlsteinen, als Zusatz beim Rösten von Zinkblechen, zur Darstellung von Alaun und kohlensaurem Kali u. a. m. verwendet.

Die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung hängt vorwiegend von der billigen Erzeugung des elektrischen Stromes ab. Früher wurde Aluminium auch auf chemischem Wege erzeugt. Neuerdings beruht die Gewinnung fast durchweg auf elektrolytischem Weg. Sie vollzieht sich in zwei voneinander getrennten Phasen: 1. der Gewinnung des reinen Aluminiumoxyds aus Bauxit; 2. der Trennung der Tonerde in ihre Elemente Aluminium und Sauerstoff durch Elektrolyse, also unter der Wirkung des elektrischen Stromes.

Die Tonerdeaufbereitung erfolgt meistens nach dem sogenannten Bayer'schen Verfahren. Das Bauxit unterliegt zunächst einem Reinigungsprozeß durch Schlämmen und Glühen und wird dann in feingemahlenem Zustand mit Natronlauge gemischt. Dabei geht das im Bauxit enthaltene Aluminiumoxyd in lösliches Natriumaluminat über. Aus dieser Lösung wird Aluminiumhydrat ausgefällt und durch Glühen im Flammofen in reine Tonerde überführt, die nun direkt zur Elektrolyse verwendet werden kann. Diese Phase vollzieht sich im elektrischen Ofen. Als Fluxmittel dient Kryolith. Hat die Kryolithschmelze einen bestimmten Grad erreicht, wird Tonerde zugesetzt. Die elektrische Energie hat zwei Aufgaben: sie hat die Schmelzung zu vollbringen und die geschmolzene Tonerde zu zerlegen. Die Ausbeute hängt von verschiedenen Umständen ab, wichtig ist eine intelligente Arbeiterschaft und eine gute technische Leitung. Genaue Feststellungen über die verwendeten Roh- und Hilfsstoffe sind nicht möglich, weil alle Fabriken ihren Erzeugungsprozeß streng geheim halten. Es wird gerechnet, daß zur Erzeugung einer Tonne Aluminium etwa 16 Tonnen Roh- und Hilfsstoffe nötig sind. Doch haben alle Unternehmungen bestimmte Kunstgriffe, die die Ergiebigkeit zu heben versuchen und die die notwendigen Rohstoffmengen sowie die Erzeugungskosten und den Wettbewerb beeinflussen.

Deutschland nahm vor dem Krieg an der Aluminiumerzeugung einen sehr geringen Anteil. Die Versorgung mit Aluminium geschah durch die Schweiz und durch Frankreich. Hauptlieferant war die A.-G. Neuhausen, deren Werke in Rheinfelden (Baden), Neuhausen (Schweiz) und in Österreich völlig „nach dem deutschen Markt orientiert waren“. Nach Kriegsausbruch war Deutschland hauptsächlich auf Neuhausen angewiesen, das verpflichtet war, 80 Prozent seiner Erzeugnisse nach Deutschland zu liefern. Dem Bedarf genügt dies nicht, außerdem erkannte man die Notwendigkeit einer inländischen Metallversorgung. Unter Mitwirkung des Reichschat-

ministeriums und unter Beteiligung großer Metallfirmen wurden im Jahre 1916 drei gemischtwirtschaftliche Unternehmungen gebildet:

die Erftwerke A.-G. bei Grevenbroich a. Niederrhein,

die Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. in Lauta i. Laus., Bitterfeld und Horrem (letzteres nach Kriegsende stillgelegt) und

die Bayerische Aluminium A.-G. mit einem Werk am Inn.

Nach Stilllegung des Werkes in Horrem und eines Werkes in Rummelsburg wurde das Lautawerk erheblich ausgebaut und ist dieses heute einer der größten Betriebe auf dem Gebiet der Aluminiumerzeugung. Auch das Erftwerk bei Grevenbroich (begründet von der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-Gesellschaft und einer anderen Firma) zeichnet sich durch seine gewaltige Größe aus (die Ofenhalle des Werkes bedeckt eine Grundfläche von 250 000 Quadratmeter). Das Erftwerk, das Bitterfelder Werk und das Lautawerk beziehen ihre Energie aus der Braunkohle, auf der die Werke stehen. Das Werk in Rheinfelden und das erst kurze Zeit im Betrieb befindliche Innwerk beruht auf Wasserkraft. Die normale Erzeugung des Innwerks von 5 Gruppen von Öfen (rund 300 Öfen) soll täglich zirka 30 Tonnen betragen. Da die Elektrolyse des Aluminiums einen kontinuierlichen Betrieb darstellt, läßt sich die Jahresproduktion des Innwerks mit etwa 10 000 Tonnen bemessen. Das Werk nutzt das 31 Meter hohe Gefäll des Inn zwischen Töging und Jettenbach unterhalb Mühlendorf aus, wodurch bis 100 000 PS Höchstleistung und 465 Millionen Kilowattstunden Jahresarbeit gewonnen werden.

Durch die Betriebsaufnahme in Töging am Inn ist Deutschland an die zweite Stelle der Erzeugungsländer gerückt. Die Erzeugung von Aluminium hat sich im Jahre 1925 nach der Statistik der Metallgesellschaft in folgender Weise auf die einzelnen Länder verteilt (die Zahlen des Jahres 1913 sind zum Vergleich hinzugefügt):

Länder	Erzeugung (in 1000 Tonnen)	
	1925	1913
Deutschland . . . . .	26,2	0,8
Schweiz . . . . .	22,0	11,0
Frankreich . . . . .	20,0	14,5
England . . . . .	15,0	7,6
Norwegen . . . . .	22,0	1,5
Italien . . . . .	1,8	0,8
Osterreich . . . . .	8,0	0,2
Europa . . . . .	110,0	34,4
Bereinigte Staaten und Kanada	70,0	26,8

Die billigere Erzeugung des Innwerks ermöglicht einen besseren Wettbewerb mit dem Ausland, wo die Erzeugung ausnahmslos auf Wasserkraft abgestellt ist. Auch die Übersteigerung in der Erzeugung und die dadurch für die Werke entstehenden Schwierigkeiten haben einen Einfluß auf die Preise ausgeübt und diese sind kürzlich von den Vereinigten Aluminiumwerken herabgesetzt worden. Der Preis für Originalhüttenaluminium 98/99prozentig in Walzbarren beträgt jetzt 2140 Mk. für die Tonne gegen bisher 2400 Mk. Blöcke kosten 2100 Mk. gegen bisher 2360 Mk.



Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Stauung großer Vorräte und der Absatzmangel den Anstoß zur Gründung des europäischen Aluminiumkartells gegeben haben. Diese Gründung ist am 15. November 1926 erfolgt. Das Kartell ist zunächst auf die Dauer von zwei Jahren errichtet und vereinigt die Aluminium-Français, die British Aluminium Co., die Aluminium A.-G. in Neuhausen (Schweiz) und für die deutsche Aluminiumindustrie die Vereinigten Aluminiumwerke, das ebenfalls reichseigene Erstwerk und die Bitterfelder Aluminiumproduktion, an der die Gruppe Metallbank J. G. Farben beteiligt ist. Als Zweck des Kartells werden erstens Austausch von Erfahrungen, zweitens Förderung der Absatzmöglichkeiten, drittens Verbilligung und Stabilisierung der Preise und Herstellungskosten genannt. Das Kartell umfaßt nicht alle europäischen Aluminiumerzeuger. Vor allem fehlt Italien sowie Norwegen, dessen Erzeugung der Frankreichs und der Schweiz gleichkommt. Die norwegische Aluminiumindustrie wird zum großen Teil von der Aluminium Comp. of America kontrolliert, die den maßgebendsten Aluminiumkonzern der Erde darstellt. Zu dieser Gesellschaft gehört der bekannte Mellon-Trust, an dessen Spitze der Staatssekretär Mellon steht. Der Riesenkonzern umfaßt sämtliche Gruppen der Rohstoffherzeugung, der Halbfabrikation und der Fertigwarenindustrie, wodurch er faktisch ein Monopol in den Vereinigten Staaten hat, obwohl die Bildung von Monopolen gegen die amerikanische Gesetzgebung verstößt. Die Aluminium Company hat vor einiger Zeit eine umfangreiche Neuanlage mit Elektrolysen in Kanada installiert und in Norwegen von der Regierung eine Konzession zur Errichtung eines Hüttenwerks mit einer Leistungsfähigkeit von 50 000 Pferdekraften erworben. Die Vermutung liegt nahe, daß die europäischen Aluminiumindustrien sich zusammengeschlossen haben, um diesem mächtigen Wettbewerber gegenüber ihre Stellung zu festigen.

Durch das Kartell hat das Deutsche Reich — mit seinen zur Biag gehörenden Aluminiumwerken — Einfluß auf die internationale Preisgestaltung erlangt und es darf wohl erwartet werden, daß das Reich diesen Einfluß zu einer konsumentenfreundlichen Preispolitik benützt.

\*\*\*

\*\*\*

\*\*\*

## Lehrlingsmangel in den kommenden Jahren

Sepp Kiene

Über die Zerrüttung der Altersschichtung und Geschlechtszusammensetzung der deutschen Bevölkerung, hervorgerufen durch den mörderischen Weltkrieg von 1914 bis 1918 und seine Folgen, ist wiederholt geschrieben worden. Die kräftigsten und leistungsfähigsten Männerjahrgänge sind durch den Krieg hingerafft worden. So kommt es, daß künftig in den Altersklassen von 20 bis 50 Jahren auf 1000 Personen männlichen Geschlechts 1155 Personen weiblichen Geschlechts treffen. In der Schicht der 20- bis 30jährigen ist dies Verhältnis noch viel ungünstiger.

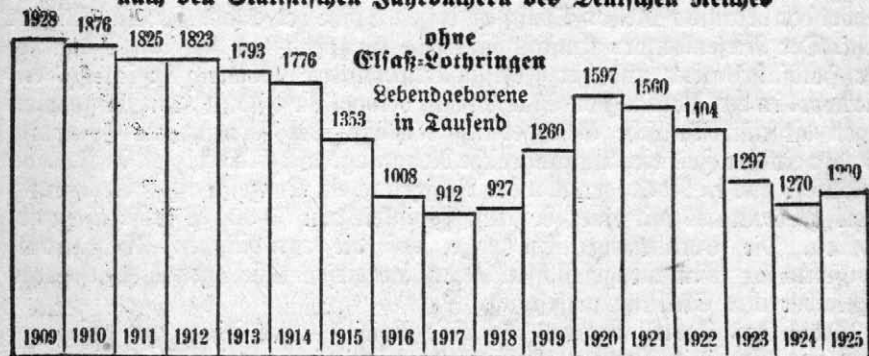
Jedoch nicht nur der Tod auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges und nicht nur Hungersnot und Grippeepidemie in der Heimat haben die deutschen Verhältnisse stark gewandelt, eine noch stärkere Lücke zeigt sich an: **der Mangel an Nachwuchs**. Die Kriegsjahre haben durch die Entfernung der zeugungs-

fähigsten Männer aus dem Leben einen riesigen Geburtenausfall zur Folge gehabt. Aber auch in den Jahren nach dem Kriege ist mit einem dauernden Ausfall (von zirka 20 Prozent) an Geburten gegenüber dem Jahre 1913 zu rechnen.

Denn einerseits ist die Zahl der fortpflanzungsfähigen Männer durch den Krieg um 13 bis 15 Prozent dezimiert worden, andererseits bedingt die durch den Krieg und die allgemeine Not gesunkene Lebenskraft eine Minderung an Zeugungswillen.

Die große Lehrmeisterin Geschichte hat den früher oftmals erörterten Gebärstreik wider den Willen der Beteiligten durchgeführt und seltsamerweise wurde er durch die heftigsten Gegner des Gebärstreiks geradezu hervorgerufen. Die Kriegsmacher haben logischerweise auch den riesigen Geburtenausfall während des Weltkrieges und nachher verschuldet.

### Geburtenstatistik für das Deutsche Reich von 1909 bis 1925 nach den Statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reiches



Ein Blick auf die statistische Darstellung zeigt, daß die Jahre vor dem Kriege eine ziemlich gleichmäßige, ganz langsam absinkende Geburtenkurve aufweisen. Die Lebendgeborenen wurden in Deutschland jährlich auf 1 800 000 bis 1 900 000 gezählt. Der Kriegsausbruch brachte zunächst keine Änderung. Ja, das erste Drittel des Jahres 1915 brachte sogar noch eine leichte Steigerung an Geburten, aber schon der Mai 1915 zeigte einen Geburtenrückgang von 36 Prozent. Dieser Rückgang hielt an und verstärkte sich in den folgenden Monaten und Jahren immer mehr.

Für das Jahr 1915 betrug der Geburtenausfall gegenüber 1914 bereits 423 000, und wenn wir das Jahr 1914 als Vergleichsjahr beibehalten, ergeben sich die in der folgenden Tabelle enthaltenen Geburtenausfälle. Die höchsten Ziffern erreichten die Jahre 1917 mit 864 000 Ausfällen und 1918 mit 849 000 Ausfällen. 1918/19 konnte durch größere Beurlaubungen im Winter 1917 und durch Freimachung von reiferen Männern (Reklamierung) vom Felddienst und deren Ersetzung durch Jüngere der Geburtenausfall etwas gemindert werden. Das Jahr 1919 zeigt jedoch immer noch den hohen Rückgang von 516 000 Geburten. Das Jahr 1920 hatte im Vergleich zu 1914 einen Ausfall von 177 000 Lebendgeborenen zu verzeichnen. Aber auch die Jahre nach 1921 (mit der höchsten Geburtenziffer der Nachkriegszeit) zeigen

einen Rückgang von etwa 10 Prozent hinter der Friedensleistung. In den Jahren 1921 bis 1923 war die Zahl an Lebendgeburtten in neuerlichem Abgleiten, erst die Jahre 1924 und 1925 zeigen ein Wachsen der Geburtenziffer, jedoch bleibt 1925 mit 1 290 000 Geburten um 33 Prozent gegen 1914 zurück.

Der absolute und relative Ausfall der Geburten in den Kriegs- und Nachkriegsjahren gegenüber dem Jahr 1914 stellte sich wie folgt:

Jahr	Geburtenausfall absolut	Gegenüber 1914 in Prozenten	Jahr	Geburtenausfall absolut	Gegenüber 1914 in Prozenten
1915 . . .	423 000	23,8	1918 . . .	849 000	47,8
1916 . . .	768 000	43,2	1919 . . .	510 000	2,1
1917 . . .	864 000	48,6	1920 . . .	177 000	9,9

Dieser Ausfall an Geburten macht sich natürlich im Heraufziehen der Jahre bemerkbar. Heute ist die Volksschulklassenzahl der Kriegsgeborenen wesentlich dezimiert (bis zu 50 Prozent) und künftig werden jährlich als Kriegswirkung für die Lehrplätze nur noch 30 bis 40 Prozent der bisherigen Bewerber auf Lehrplätze vorhanden sein. Für das Lehrlingswesen tritt dieser Zustand mit dem Jahre 1929 ein und dauert bis 1933 an. Heute schon beschäftigen sich Innungen und Handwerkskammern, Berufsberatungsämter und Arbeitgeberorganisationen mit diesem Problem. Wir als Gewerkschafter haben bei dem Problem des künftigen Lehrlingsmangels selbstverständlich weitere und andere Fragestellungen.

Die Folgen des Geburtenausfalls werden auf dem Lande kaum merklich geringer sein als in den Städten. Uns interessiert aber naturgemäß die Wirkung des Geburtenrückgangs vor allem in seiner Wirkung auf Industrie und Handwerk. Und hier ist es vor allem der eintretende Lehrlingsmangel, welcher 1929 erstmals in Erscheinung tritt. Am deutlichsten tritt der drohende Lehrlingsmangel und das Aussehen an Facharbeiternachwuchs vor Augen, wenn man die Geburtsstatistik einer normaltypischen Stadt herausgreift und graphisch darstellt. Als Beispiel möge an dieser Stelle Leipzig angeführt sein. Ich habe mir vom statistischen Amt der Stadt Leipzig aus seinen Zeitschriften und seinen Jahrbüchern das zuverlässigste Material geholt. Berlin erschien mir viel schwerer zu bearbeiten und zu beurteilen infolge seiner schwierigen und anormalen Wachstumsverhältnisse und Eingemeindungen usw. Der Zuwachs an Einwohnern ist auch bei der nachfolgenden Statistik über Geburten und Schulentlassungen der Stadt Leipzig wohl zu beachten, denn eine gleichbleibende Geburtenzahl bedeutet bei zunehmender Einwohnerzahl ein tatsächliches Absinken der Geburtenziffer.

In Leipzig betrug die Geburtenziffer nach einer normalen Entwicklung in den Jahren 1900 bis 1910 durchschnittlich 14 200 Lebendgeborene pro Jahr. Die Jahre 1911, 1912 und 1913 zeigen etwa 13 400 Lebendgeborene jährlich. Diese als normal anzunehmende Zahl wird in den nächsten zwölf Jahren nur einmal erreicht, und zwar in dem Täuschungsjahr 1920. Vor diesem Jahr klappt der Abgrund des Geburtenrückganges der Kriegsjahre, dessen tiefsten Geburtenstand das Jahr 1917 mit nur 6000 Lebendgeborenen (nur 45 Prozent von 1911 bis 1913, nur 42 Prozent von 1910) brachte. Und nach dem Jahre 1920, in dem sich die Bevölkerung aus einem unbekanntem Grunde aufschwang zu einer nicht wiederkommenden Zeugungslust, als

wollte sie die Kriegsverluste wettmachen, folgen neue Abstürze der Geburtenziffer durch die Not der Zeit, durch die Männerverluste im Kriege und durch Wohnungsnot und Lebensvorsicht hervorgerufen. Die Kurve beginnt dem Geburtenausfall des Krieges fast zu gleichen. Wahrscheinlich werden die beiden Krisenjahre 1925 und 1926 einen erneuten Geburtenrückgang in den nächsten Jahren aufweisen, so daß die vorübergehende Geburtensteigerung des Jahres 1925 neuerlich aufgehoben wird. (Man sieht hier, daß das Mittel der schrecklichen Bestrafung für Abtreibungen eben doch nur ein Mittelchen ist, das an den eigentlichen Ursachen des Geburtenrückganges nicht einmal rührt.)

Wenn wir nun bei der Betrachtung des Geburtenrückganges auch noch den Zuwachs der Einwohnerzahl in Rechnung stellen, also die absoluten Zahlen verlassen und die Geburtenziffer auf je 1000 Einwohner in verschiedenen Jahren ausrechnen, so ergibt sich, daß auf 1000 Einwohner im Jahre

1911 . . .	22,5 Lebendgeborene	1923 . . .	14,5 Lebendgeborene
1917 . . .	11,0 "	1924 . . .	13,8 "
1920 . . .	21,5 "		

treffen. Das Tiefenjahr 1924 ist also nur wenig von der Prozentzahl des schlimmsten Kriegsjahres 1917 entfernt.

Ausrechnungen zwischen den Geburtenziffern der Jahre mit den Zahlen der jeweils 14 Jahre später in den Volksschulen zur Entlassung kommenden Kinder ergibt, daß ein Unterschied von rund 40 Prozent besteht, welcher als für Kindersterblichkeit, Wanderung und Abgang in andere Schulen einzusehen ist. Also nur 60 Prozent der 14 Jahre früher gezählten Gesamtgeburtenziffer stellen die Zahl der aus der Volksschule zur Entlassung kommenden Kinder dar. Nach diesem Schlüssel sind die in der beifolgenden Tabelle eingesetzten Ziffern für zu erwartende Volksschulentlassungen für die Jahre 1927 bis 1940 errechnet.

Obwohl mehr Knaben als Mädchen geboren wurden, ergeben sich durch die höhere Sterblichkeitsziffer der Knaben und durch sonstige stärkere Abgänge für die Knaben im besonderen Schulentlassungsziffern, welche um 45 Prozent unter der Geburtenziffer der männlichen Geborenen liegt und dadurch auch absolut niedriger wird als die der Mädchen. So zeigt z. B. die Statistik, daß im Jahre 1932 nur 1700 Knaben zur Schulentlassung kommen, das sind von den im Jahre 1917 geborenen Knaben nur 55 Prozent. Von der Normalschulentlassungsziffer für Knaben vom Jahre 1911 sind es also nur 46 Prozent. Das Fehlen von 54 Prozent der sonst für den Eintritt in Lehrverhältnisse oder, besser gesagt, für Arbeitsverhältnisse überhaupt zur Verfügung stehenden Jugendlichen muß sich also ganz einschneidend bemerkbar machen.

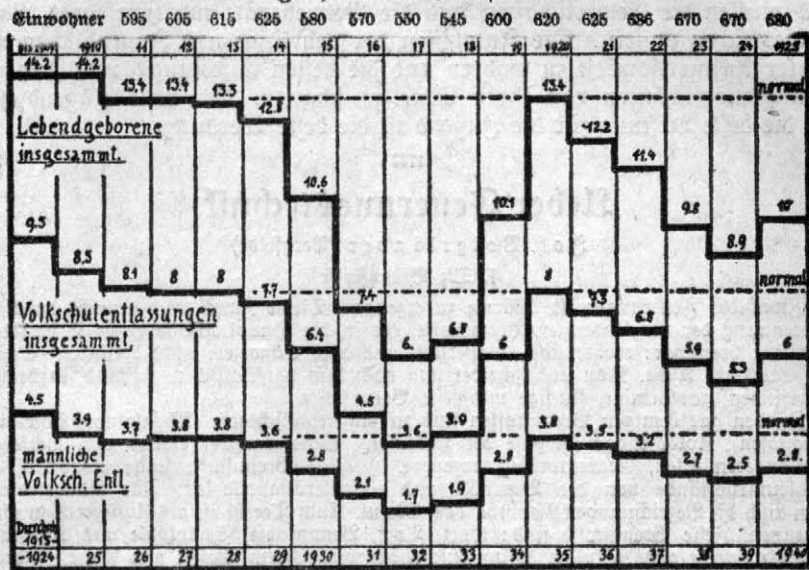
Aus den Mitteilungen des Berufsamtes der Stadt Leipzig geht hervor, daß im Jahre 1923 (1908 Geborene) von 4200 Schulabgängern sich 3400 Knaben in Lehrplätze und etwa 800 Jugendliche in ungelernete Stellen begaben. Im Jahre 1924 gingen von 4259 Schulentlassenen nur 460 in ungelernete Berufe; 3800 Knaben wurden in Lehrstellen vermittelt. (Hiervon 32 Prozent in die Metallindustrie — genau 1316 Lehrlinge — 172 an Schulen.) Im Jahre 1930 werden nur 2800, im Jahre 1931 nur 2100, 1932 nur 1700 und 1933 nur 1900 Lehrlinge im Höchstsfall zur Verfügung stehen.



Statistik der Stadt Leipzig

Geburtenrückgang 1910 bis 1925 — Volksschulentlassungen 1923 bis 1940  
 Tatsächliche von 1915 bis 1924, 1925, 1926 und Erwartungsrechnung von 1927 bis 1940

Zahlen in Tausend



Innungen, Meister, Handwerkerkammern, Berufsberatungsstellen und nicht zuletzt die Industriellenverbände erheben ihre Frage: Werden wir genügend Lehrlinge kriegen? Woher mehr Lehrlinge beschaffen? Vom Lande? Sollen Mädchen zu Handwerks- und Industrielehrlingen ausgebildet werden? Wie wird man die vorhandenen Lehrlingsanwärter kontingentieren? Wie teuer werden die Lehrlinge? Und in den nächsten Jahren wird von Meister und Industriellen (besonders von denen, die größere Lehrwerkstätten haben) daran gegangen werden, Lehrlinge zu hamstern, um in den stärksten Krisen-jahren wenigstens eingedeckt zu sein. Der Kampf um die Lehrlinge, um die nachwachsende Generation wird bald entbrennen und er wird sogar im Lager der Arbeitgeber untereinander ausgetragen werden. Die Statistik ist in der Lage, die kommenden Dinge schon heute voraus zu erhellen.

Als Gewerkschafter haben wir selbstverständlich zu dem Problem „Lehr-lingsmangel in den kommenden Jahren“ andere Fragestellungen. Vor allem die: Unter welchen Bedingungen werden diese jungen Menschen arbeiten? Wird es gelingen, die Umstände zu einer sinnvollen Regelung des Lehrlings-wesens zu benutzen, die Lehrbedingungen und Entlohnungsverhältnisse der Lehrlinge auf ein anderes Niveau zu bringen? Die Lehrzeiten abzu kürzen? Die ersten Bemühungen der Industriellen und der Handwerker, die Frage des Lehrlingsmangels in den kommenden Jahren in einem Sinne zu regeln, der ihren Interessen entspricht, dürften also beginnen, wenn sie nicht schon begonnen haben. Die Gewerkschaften müssen auf diesem Gebiete sehr auf der Hut sein, wenn sie nicht aus dem Felde gedrängt werden wollen.

Die politische Jugendbewegung wird aus der Tatsache eines stark dezimierten Nachwuchses ihre Schwankungen stärkster Art erleben — eine eifrige Jugendfürsorge und -Pfleger von bekannter Seite wird sich um die dezimierte Nachkommenschaft des Proletariats noch viel kräftiger bemühen als bisher. Was müssen die Gewerkschaften und die Betriebsräte tun, um ihres Nachwuchses sicher zu sein? Die Interessen der Lehrlinge und Jugendlichen mit größter Aufmerksamkeit zu wahren und die besten Erfassungs- und Jugendbildungsmöglichkeiten von ihrer Seite zu schaffen. Der beste Jugendschutz und die beste Leistung für die Jugend ist die beste Werbung.

## Ueber Feuerungstechnik

Joseph Voigtländer (Bergfelde)

### I. Die Brennstoffe

Zweck der Feuerungen ist, Wärme zu erzeugen. Dieser Zweck wird erreicht durch die Verbrennung der verschiedensten Brennstoffe, die in der Hauptsache folgende Bestandteile enthalten: brennbar: Kohlenstoff, Wasserstoff und auch Schwefel; nicht brennbar: Sauerstoff, Stickstoff, Asche. Man unterscheidet nun nach dem physikalischen Zustand, in dem sie sich befinden, gasförmige, flüssige und feste Brennstoffe.

Zu den gasförmigen Brennstoffen sind zu zählen: Gichtgase (Abgase von Hoch- und Schachtöfen), Koksöfengas (Abgase der Koksöfen), Generatorgas (eigens zum Beifeuern in besonderen Öfen, Generatoröfen, erzeugt). Flüssige Brennstoffe sind: Rohpetroleum, Petroleumrückstände von der Brennöl- und Schmierölfabrikation. Für Rohpetroleum gelten auch die Bezeichnungen Naphtha oder Masut. Auch Teeröl ist als flüssiger Brennstoff zu nennen. Feste Brennstoffe sind: Holz, Torf, Braunkohle, Steinkohle und Anthrazit.

Holz besteht aus Zellulose, Pflanzenzest, hygroskopischem Wasser und Asche. Zellulose ist eine chemische Verbindung von Kohlenstoff und Wasser. Pflanzenzest ist ein wässrige Lösung von harzigen Stoffen. Hygroskopisches Wasser ist die äußerlich aufgenommene Feuchtigkeit. Bei frisch gefällt. Holz rechnet man 40 vH, bei lufttrockenem Holz 20 vH Feuchtigkeit. Die Asche ist der bei der Verbrennung verbleibende Rückstand, der alle erdigen Bestandteile, die die Pflanze aus dem Boden in Lösung aufgenommen und dann in ihren Zellen abgelagert hat, enthält. Das sind Kalium- und Natriumsalze, Magnesium- und Kalksalze, Schwefel- und Kohlenstoffverbindungen und andere. Der Aschengehalt beträgt ungefähr 1,5 vH.

Alle übrigen festen Brennstoffe sind aus dem Holz durch langsame Vermoderung entstanden. Die oben genannte Reihenfolge stellt auch die aufeinanderfolgenden Grade der Vermoderung dar. Die Vermoderung ist ein teilweise chemischer Vorgang und man hat ihn sich wie folgt vorzustellen: Ein Teil des chemisch gebundenen Wassers scheidet sich aus, dadurch wird ein bestimmter Teil Wasserstoff frei. Wasser ist eine chemische Verbindung von zwei Teilen Wasserstoff und einem Teil Sauerstoff. Dieser Wasserstoff geht eine Verbindung mit Kohlenstoff zu Kohlenwasserstoff ein und scheidet sich gasförmig aus, zum Teil als „schlagende Wetter“, zum Teil als Sumpfgas, so daß das übrigbleibende immer reicher an Kohlenstoff wird.

Torf ist nun durch langsame Zusetzung von Sumpfpflanzen in stehenden Gewässern entstanden und durch hineingespülten Sand, Lehm oder Ton verunreinigt. Nach dem Alter unterscheidet man: Faser- und Bechtorf, nach der Gewinnungsart: Stichtorf, Streich- oder Waggertorf, der in Ziegelform gebracht als Prektorf gehandelt wird. Der Aschengehalt beträgt bis zu 30 vH des Gewichtes. Für Kesselsheizungen ist er nur wirtschaftlich, wenn der Aschengehalt nicht mehr als 10 vH des Gewichtes beträgt, und dann auch nur, wenn die Verwendung nahe am Gewinnungsort geschieht.

Bei der Braunkohle ist die Vermoderung nun schon weiter vorgeschritten und unter dem Druck der darüberlagernden Erdmassen vor sich gegangen. Wir unterscheiden folgende Sorten: Lignit. Das ist eine holzige Braunkohle von brauner Färbung mit deutlich erkennbarem Holzgefüge. Erdige Braunkohle, die sich, wenn sie genügend Erdharz enthält, zum Bräunieren eignet (Niederlausitz), und die muschelige oder gemeine Braunkohle, die roh verfeuert und in Böhmen gewonnen wird.

Die Steinkohle stellt das älteste Dermobergoprodukt des Holzes dar, das teilweise unter hohem Druck und höherer Temperatur entstanden ist. Sie ist reich an Kohlenstoff mit einem bemerkenswerten Schwefelgehalt. Die Einteilung der Steinkohle erfolgt nach verschiedenen Gesichtspunkten.

Nach dem Verhalten der Kohlen beim Erhitzen unter Luftabschluß bezeichnen wir als Sandkohle die Kohle, die eine lose, pulverige Masse ergibt, als Sinterkohle die, welche einen aus den einzelnen Stücken zusammengelassenen Kuchen ergibt. Baaokohle bläht sich stark auf und schmilzt ganz zusammen.

Unterscheiden wir nach der beim Verbrennen gebildeten Flamme, dann erhalten wir lang-, m.i.l. und kurzflammige Kohlen. Langflammige Kohlen sind noch reich an flüchtigen Kohlenwasserstoffen, also gasreich, während die gasärmsten Kohlen, die Anthrazite, mit ganz kurzer, blauer Flamme brennen.

Bei Unterscheidung nach dem geologischen Alter erhalten wir folgende Bezeichnungen: Junge Sandkohlen (auch trodene Kohle), junge Sinterkohle (Flammkohle), junge Baaokohle (Gaskohle), alte Baaokohle (Eßkohle oder Schmiedekohle), alte Sinterkohle (Magerkohle), alte Sandkohle (Anthrazit).

Nach der Stückgröße und Aufbereitung unterscheidet man noch: Gewaschene Kohle: von Sand, Berg- und großen Schwefelkiesstücken bereinigt. Förderkohle: alle Stückgrößen sind hier noch durcheinander gemengt. Stückkohle: das sind nur große Stücke, die sich gut zum Lagern eignen. Rußkohle in Größen I bis IV (Faust- bis Walnußgröße). Nach Korngröße unterschieden und Staubkohle.

Ein besonderes Augenmerk ist bei der Steinkohle noch dem Aschengehalt zu schenken. Die Steinkohle enthält 3 bis 7 vH Asche. Ist die Asche reich an Kieselsäureverbindungen, dann scheidet sie sich als rothglasähnliche Schlacke aus. Herrscht in diesen Verbindungen mehr das Natrium vor, dann ist die Schlacke dünnflüssiger, als wenn Kalk darin enthalten ist. Ist die Schlacke leichtflüssig, dann fließt sie zwischen den Roststäben hindurch und bleibt als Zapfen an der Unterseite hängen. Ist sie jedoch durch den Kalkgehalt zähflüssig, dann verkrümelte sie die Rostspalten und es bedarf besonderer Einrichtungen, zum Beispiel eines Dampfgebläses unter dem Rost, um sie locker zu halten. Enthält die Schlacke wenig Kieselsäureverbindungen, dann sagt man, sie ist fruttend, sie bleibt dann lose auf dem Rost liegen.

Der Rost ist als künstlicher Anthrazit zu bezeichnen. Er wird durch Erhitzung unter Luftabschluß (Trodendestillation) der natürlichen Brennstoffe gewonnen, ist einmal Nebenprodukt als Gaslofs bei der Leuchtgasgewinnung und das andere Mal Haupterzeugnis als Hüttenlofs. Der Hüttenlofs ist fester als Gaslofs und trotz mehrfachen Umladens bleibt er großstückiger.

Bei der bisher gewonnenen Übersicht und der Vielartigkeit der Brennstoffe tritt die Frage auf: Nach welchen Gesichtspunkten ist nun für eine Anlage der Brennstoff zu wählen? Da sind vier Gesichtspunkte, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Das sind Heizwert, Preis ab Grube zusammen mit Frachtkosten, Aschengehalt und die Rauchentwicklung.

Unter Heizwert (Verbrennungswärme) eines Brennstoffes verstehen wir diejenige Wärmemenge, die bei vollkommener Verbrennung von 1 Kilogramm des Brennstoffes frei wird. Diese Wärmemenge wird in besonderen Meßgeräten ermittelt (in der kalorimetrischen Bombe von Berthelot-Wahler oder Junfers). Man kann sie auch auf Grund der chemischen Zusammensetzung rechnerisch ermitteln. Es seien hier noch einige Heizwerte zusammengestellt:

Holz	.....	rund 8000	Wärmeeinheiten für 1 kg
Gichtgase	.....	500 bis 800	" " 1 cbm
Leeröl	.....	10000	" " 1 kg
Braunkohle	.....	rund 8000	" " 1 "
Muschelige Braunkohle	.....	2000—5000	" " 1 "
Steinkohle	.....	4000—7000	" " 1 "
Ruß	.....	7000	" " 1 "

Es besteht nun für die Auswahl des Brennstoffes ein Wechselverhältnis zwischen Heizwert und Preis am Verwendungsort, so daß bei hohem Heizwert, hohem Preis und geringerem Rückstand die Verfeuerung einer solchen Kohle billiger sein kann, als eine am Ort geförderte billige Kohle mit großem Rückstand, da hier wieder besondere Aufwendungen

für das Abfahren der Asche aufgewendet werden müssen. Die Rauchentwicklung wird man ver-rüchtigerweise in der Stadt wie auch auf dem flachen Lande beachten müssen, da ja die dunklen, schwarzen Rauchwolken unverbrannte Kohlenwasserstoffe sind, die davonfliegen und nicht ausgenutzt sind.

## II. Die Verbrennung

Die Verbrennung ist ein chemischer Vorgang, nämlich die Verbindung des Brennstoffes mit Sauerstoff unter Wärmeentwicklung, die so heftig vor sich geht, daß sie mit gleichzeitiger Lichterscheinung deutlich als Feuer bemerkbar wird. Bei langem Lagern an der Luft verbindet sich die Kohle auch mit dem Sauerstoff der Luft, aber ohne daß die Verbrennungsvorgänge dabei in Erscheinung treten. Sie macht eine langsame Oxidation durch (Anreicherung mit Sauerstoff) und wird dadurch minderwertiger. Doch wenn an einer bestimmten Stelle eine größere Wärmemenge vorhanden ist, entzündet sich der lagernde Brennstoff. Man spricht dann von Selbstentzündung der Kohle. Es muß erst eine größere Wärmemenge vorhanden sein, das heißt der Brennstoff muß erst einen bestimmten Wärmegrad besitzen: das ist seine Entzündungstemperatur. Sie ist jedem Brennstoff eigentümlich und beträgt zum Beispiel für Kohlenstoff 710 Grad Celsius, für Schwefel 260 Grad Celsius und für Phosphor 60 Grad Celsius. Danach spricht man von schwer und leicht entzündlichen Stoffen.

Das gewünschte Endergebnis ist nun die Überführung aller verbrennbaren Bestandteile des Brennstoffes in sauerstoffhaltige Verbindungen, so daß als Verbrennungsprodukte Kohlenäure und Wasser (wegen des hohen Wärmegrades in Dampfform) anzuhaken wären. Bei vollkommener Verbrennung verbindet sich ein Teil Kohlenstoff mit zwei Teilen Sauerstoff zu Kohlenäure. Nun kommt aber diese Kohlenäure beim Weiterströmen durch den Feuerraum an glühendem Kohlenstoff vorbei und gibt einen Teil ihres Sauerstoffgehaltes wieder ab. Die Kohlenäure wird reduziert zu Kohlenoxyd, so daß aus einem Teil Kohlenstoff und einem Teil Kohlenäure jetzt zwei Teile Kohlenoxydgas entstanden sind. Dieses Kohlenoxyd nimmt wieder Sauerstoff auf, nämlich dieses kurz vorher verlorene Teil Sauerstoff, so daß nun wieder zum Schluß Kohlenäure vorhanden ist. Nun geht aber der eben geschilderte Vorgang nicht gleichmäßig über die ganze Kofstfläche vor sich, sondern ganz programmlos. So können wir uns vorstellen, daß im Schornstein schließlich Kohlenoxydgas und Kohlenäure friedlich nebeneinander hinauswirbeln, denn zur Anreicherung des Kohlenoxydgases mit Sauerstoff, also zur Verbrennung gehört auch die oben schon erwähnte Entzündungstemperatur, die für Kohlenoxyd 300 Grad Celsius beträgt und in der Esse nicht mehr vorhanden ist.

Zur Verbrennung des Wasserstoffes gehören zu zwei Teilen desselben ein Teil Sauerstoff und es entsteht, wie schon weiter oben ausgeführt, Wasserdampf.

Ist Schwefel in der Kohle, so verbrennt ein Teil Schwefel mit zwei Teilen Sauerstoff zu Schwefelsäureanhydrid (Schwefelsäure ohne Wasser). Aber wegen der geringen Menge reinen Schwefels in der Kohle kommt das Schwefelsäureanhydrid wenig in Frage, so daß die schon genannten Verbrennungsprodukte als Wesentliche bestehen bleiben.

In der Kohle sind aber, wie wir schon wissen, auch nicht brennbare Bestandteile vorhanden. Der Sauerstoff ist in dem chemisch gebundenen Wasser enthalten. Je höher nun der Sauerstoffgehalt ist, um so weniger Verbrennungsluft wird man dem Brennstoff zuführen müssen.

Die sehr unübersichtlichen Stickstoffverbindungen der Kohle stammen aus dem Pflanzeneiweiß und kommen für die Wärmeentwicklung gar nicht in Betracht.

Aber die Nischenbestandteile ist noch einiges hinzuzusehen. Daß die Asche, die Schlacke vom Kofst des Hleren zu entfernen ist, haben wir schon gesehen. Das ist mit Geldkosten und Wärmeverlusten verbunden. Auch die durch den Kofst hindurchgefallene Asche muß aus dem Aschensall mit Geldkosten und Wärmeverlusten entfernt werden. Auch an den geheizten Kesselwänden setzt sich Asche an, die den Wärmedurchgang behindert und auch wieder in Zeitschnitten entfernt werden muß. Dann lagert sich ein Teil auch in den Zügen ab, verringert die Zugquerschnitte und behindert so die Verbrennung. Auch ist noch zu erwähnen, daß bei scharfem Zug Asche mit herausgerissen wird und zur Verlästigung der Nachbarschaft beiträgt.

Das im Brennstoff enthaltene Wasser, die Feuchtigkeit des Brennstoffes, entzieht dem Feuer Wärme, da das Wasser erst verdampft werden muß. Das Räffen von staubiger Kohle zum Schutz gegen unverbranntes Herausfliegen ist also mit Nachteilen verbunden.



### III. Vorgänge in der Feuerung

Die bisher beschriebenen Verbrennungsvorgänge waren ganz theoretische Vorgänge. Was geschieht nun in der Feuerung, wenn wir frische Kohle aufwerfen? Es spielen sich nacheinander drei Vorgänge ab, die gegeneinander nicht abgegrenzt sind.

Die frisch aufgeworfene Kohle wird erstmal erwärmt. Bei Erwärmung auf 100 Grad Celsius verdampft die beigemengte Feuchtigkeit. Da zu dieser Verdampfung Wärme verbraucht wird, wird beim Aufbringen frischer Kohle dem Feuer also zunächst Wärme entzogen. Das ist die Trockenperiode.

Die Erwärmung schreiet vorwärts. Es verflüchtigen sich aus der Kohle die verschiedenen Kohlenwasserstoffverbindungen. Zuerst die leichter flüchtigen, dann die schwerer flüchtigen. Die ersteren haben eine niedrigere Entzündungstemperatur, so daß leicht eine rauchlose Verbrennung möglich ist. Anders verhalten sich die der zweiten Art, sie benötigen eine hohe Verbrennungstemperatur und reichlich Verbrennungsfuerstoff. Finden sie diese Verbrennungsbedingungen nicht, dann geht folgendes vor sich: Es findet eine Zersetzung statt. Es verbrennt nur der Wasserstoff. Der Kohlenstoff scheidet sich als Ruß aus. Das geschieht in den Rügen als Ablagerung oder er wird als schwarzer Rauch hinausgetragen. Oder die Kohlenwasserstoffe schlagen sich als feine Teertröpfchen an der Kesselheizfläche nieder, woran dann weiter Ruß und Flugasche haften bleiben und somit den Wärmeübergang behindern. Weiter kann dieser Teer auch einen dicken bräunlichen Rauch bilden. Dieser Rauch enthält auch Schwefel- und Stickstoffverbindungen und hat deshalb einen unangenehmen Geruch. Er ist gefährlich für Pflanzen, Sandsteinbauten und Marmor. Das sind Vorgänge der Entgasungsperiode.

Ist nun die Gasmenge, das heißt die leichteren und schwereren Kohlenwasserstoffe entwichen, dann bleibt der glühende Koks übrig, der mit kurzer und blauer Flamme weiterbrennt. Kurze bläuliche Flammen züngeln dazwischen empor, das ist brennendes Kohlenoxydgas. Das ist die Koksperiode. Nun ist es Zeit, wieder frische Kohle aufzuwerfen.

Und zum Schluß noch einige Betrachtungen. Das nach außen unangenehm wirkende der industriellen Feuerungen ist die starke Rauchentwicklung. Sie wird teilweise dadurch verursacht, daß für die schweren Kohlenwasserstoffe die Entzündungstemperatur nicht vorhanden ist. Diese Abkühlung des Feuerraumes geschieht einmal durch die frisch aufgeworfene Kohle selbst, die ja erst wieder erwärmt werden muß, dann aber auch durch das Öffnen der Feuertüren, wobei während des Aufwerfens kalte Luft über die Kohlen hinwegstreicht und den Raum kühlt. Eine Abhilfe schafft da die dauernde mechanische Beschickung durch Wanderroste und anderer Einrichtungen (Wurffeuerungen), die eben die Abkühlung durch Frischluft verhindern wollen. Weiterhin sucht man diese Rauchentwicklung durch Vorbeiführen der Frischluftkanäle an den Abgaskanälen einzuschränken. Dadurch wird die Frischluft schon vor Eintritt in das Feuer erwärmt und die Abkühlungserscheinungen eingedämmt. Weiter wird dadurch auch die Wärmeausnutzung des Brennstoffes höher gesetzt. Auch das Abschladen bei offenen Feuerungen ist durch die bewegten Roste unnötig geworden. So sind eine ganze Reihe von Einrichtungen erdacht und gebaut worden, die alle eine restlose Ausnutzung des Brennstoffes erstreben und alle Handarbeiten zur Inbetriebhaltung der Feuerung, wegen der immer mehr wachsenden Ansprüche an die Leistung der Kesselanlage durch mechanische Einrichtungen ersparen wollen.

\*\*\*

\*\*\*

\*\*\*

## Organisation gewerkschaftlicher Bildungsarbeit in der Tschechoslowakei

Wilhelm Weigel (Münchenberg)

Wie in den anderen Ländern, so macht sich auch bei den deutschen freigewerkschaftlichen Verbänden der Tschechoslowakei, die im Deutschen Gewerkschaftsbunde mit dem Sitz in Münchenberg zusammengeschlossen sind, das Bedürfnis immer mehr geltend, im Interesse der gewerkschaftlichen Entwicklung planmäßige Bildungsarbeit zu leisten. Dieses Bedürfnis ist freilich nicht erst jetzt dringend geworden, es war schon früher in ziemlichem Ausmaße vorhanden, nur ließ es sich eben bisher nicht befriedigen. Wie bekannt, sind die deutschen freigewerkschaftlichen Verbände in der Tschechoslowakei die Nachfolger unserer österreichischen Gewerkschaften und die Gründung des neuen Staates brachte zwangsläufig durch den Zusammenschluß der bestehenden Gewerkschaftsgruppen eigene Verbände.

In den Tagen des Umsturzes und den folgenden Jahren galt es zunächst, die vitalsten Interessen der im deutigen Industriegebiet beschäftigten Arbeiter zu wahren. Die Inflation setzte ein und durch die sehr rasch steigende Leistung bedingt, folgte Lohnbewegung auf Lohnbewegung. Lazwischen hinein spielte der Kampf um den Arbeitsplatz, denn die Tschoschlowakei ist ein Nationalstaat, in dem zum Unterschiede vom alten Österreich, in dem die Deutschen in der Mehrheit waren, die Tschechen Staatsnation sind. Kaum waren die Gewerkschaften aufgebaut und die überwältigende Anzahl der Arbeiter organisatorisch erfasst, setzte die kommunistische Erhaltungspolitik ein und wand alle verfügbaren Kräfte an die Arbeit der Zertrümmerungsverjuche.

Witten in dieser gewaltigen Arbeit zur Erhaltung unserer Gewerkschaften begann die Deflation zum Zweck der Erhöhung und der Stabilisierung der tschechischen Krone und damit setzte gleichzeitig, durch die Deflation bedingt, eine Wirtschaftskrise ein, wie sie in diesem Gebiet noch niemals erlebt wurde. Diese katastrophale Wirtschaftsnöt blieb trotz aller gegenteiligen Versicherungen in Permanenz, stunde die Gewerkschaften sehr oft vor schwerwiegende Aufgaben und auch in dieser so ungunstigen Zeit mußten die freien Gewerkschaften sich gegen die kommunistischen Zerpilierungsabsichten zur Wehr setzen. Lag bei diesem Übermaß von dringenden Arbeiten im Interesse der Erhaltung der Gewerkschaften nicht allzuviel an gewerkschaftlicher Bildungsarbeit geleistet werden konnte, ist wohl klar.

Dowohl sehr bald schon nach seiner Gründung der Deutsche Gewerkschaftsbund mit gewerkschaftlicher Erziehungs- und Schulungsarbeit einsetzte, war es doch nicht möglich, in den folgenden Jahren dies große Gebiet gewerkschaftlicher Aufgaben systematisch zu bearbeiten. Die Bildungsarbeit war damals von den wenigen Kräften des Sekretariats des Bundes mit gemacht worden und es war immerhin mehr, als man billigerweise verlangen konnte. Waren doch in den Jahren 1921 und 1922 zwei Betriebsrätelehrerschulen durchgeführt worden, was für das langgestreckte deutsche Grenzgebiet der Tschoschlowakei eben keine so leichte Sache war. Außerdem mußten die Gewerkschaftsstellen in den Kreisgebieten beraten, Vortragskräfte gewonnen und verpflichtet werden und schließlich galt es auch, die notwendige Literatur zu beschaffen. Die Zentralgewerkschaftskommission hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Schulbehelfe in der Form kurzgefaßter und leichtverständlich geschriebener Broschüren herauszugeben und es wurden im Laufe der Zeit sechs solcher recht guter Lehrbehelfe geschaffen. Diese Lehrbehelfe sind heute schon zum Teil vergriffen, ein Zeichen, daß sie ihren Zweck voll und ganz erfüllt haben.

Die Jahre der Wirtschaftskrise 1922 und 1923 hatten wohl dann die Aufmerksamkeit von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit abgelenkt, weil andere Aufgaben dringender waren, doch beschäftigten sich die Zentralgewerkschaftskommission sowie einzelne Verbände mit der Lösung des Problems, wie die gewerkschaftliche Bildungsarbeit planmäßig lebendiger und fruchtbringender gestaltet werden könnte. Leider scheiterte die Lösung dieses Problems zunächst an der Finanzfrage, denn der Zentralgewerkschaftskommission standen für diese Zwecke keine Einnahmen, daher auch keine Mittel zur Verfügung. Es galt also zuerst die finanzielle Seite des Problems zu lösen, bevor an eine planmäßige Arbeit auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Bildungswezens geschritten werden konnte. Diese Lösung brachte der 2. Gewerkschaftskongreß des deutschen Gewerkschaftsbundes im Dezember 1924 in Karlsbad, indem er beschloß: Beim Sekretariat der Zentralgewerkschaftskommission ist eine Stelle zu schaffen, welche das gewerkschaftliche Bildungswezen in entsprechende Bahnen zu lenken hat. An Aufgaben wurden dieser Stelle vom Kongreß zugewiesen:

1. Zentrale Leitung der allgemeinen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Vereinheitlichung der Bildungsarbeit in den einzelnen Gebieten, Organisierung von Vorträgen, Kursen, Beschaffung von Lern- und Lehrmitteln, Vortragsvermittlung.
2. Die Durchführung von sozialpolitischen Arbeiten, wie Abgabe von Gutachten, Sammlung von sozialpolitischen Materialien, Ausarbeitung von Richtlinien für die sozialpolitischen Forderungen.
3. Ausarbeitung in Sachen der Betriebsausschüsse (Betriebsräte), wie für die Tätigkeit der Betriebsausschüsse und der Schiedskommissionsmitglieder (Beisitzer des Bergbau-schiedsgerichts).
4. Schulungsarbeit der Betriebsausschüsse.
5. Möglichst regelmäßig laufende Berichterstattung in volkswirtschaftlichen, vertrags- und löhnpolitischen Fragen, Übermittlung von Materialien an die Verbände und Kreisgewerkschaftskommissionen.

Die Finanzierung wurde durch folgenden Teil des Beschlusses gesichert:

„Zu diesem Zwecke beschließt der 2. ordentliche Gewerkschaftskongress die Erhebung eines Beitrages von wöchentlich 2 Heller (monatlich 9 Heller), der mit den Kommissions- und Solidaritätsfondsbeiträgen regelmäßig abzuführen ist. Die Erhebung der Beiträge erfolgt ab 1. Januar 1925, die Errichtung der Stelle ab 1. Juli 1925.“

Wider Erwarten, bedingt durch widrige Umstände, hat sich die Errichtung dieser Stelle weiter hinausgezogen, als beabsichtigt war, und erst am 14. April d. J. konnte der Bodenbacher Vorstandskonferenz das Material zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Die vorgelegten Vorschläge wurden genehmigt, die Errichtung der Bildungsabteilung beim Sekretariat der Zentralgewerkschaftskommission spätestens am 1. Oktober 1926 beschlossen. Im Sinne dieses Beschlusses hat die Bildungsabteilung am 1. Oktober ihre Tätigkeit aufgenommen und es ist zu erwarten, daß nun auch unter den deutschen freien Gewerkschaften der Tschechoslowakei erhöhte Bildungs- und Schulungsarbeit einsetzen wird.

Der Erkenntnis der Notwendigkeit planmäßiger gewerkschaftlicher Bildungs- und Erziehungsarbeit kann sich heute kein Gewerkschafter, der es mit seiner Bewegung ehrlich meint, verschließen. Die außerordentlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit verlangen gebieterisch eine andere Stellungnahme als die früher übliche, der Aufgabenkreis der Gewerkschaften ist größer, schwerer und verantwortlicher geworden und geht weit über den Rahmen, der in der Vorkriegszeit gegeben war, hinaus. Der Krieg mit all seinem Elend, Not und Drangsal und die für die Arbeiterklasse Mitteleuropas so schwere Nachkriegszeit haben in volkswirtschaftlicher Hinsicht einen gewaltigen Umchwung herbeigeführt, der von dem Proletariat in seinen Auswirkungen heute noch nicht klar und präzise erkannt wird. Diese geänderte Struktur verlangt aber eine klare und eindeutige Stellungnahme, wenn die berechtigten Interessen der Arbeiterchaft nicht geschädigt werden sollen. Es gilt, durch erhöhte Bildungsarbeit Gewerkschaftsvertrauensmänner und Arbeiterchaft mit den geänderten Verhältnissen bekannt-, mit den Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben vertraut zu machen und dann wird auch die deutsche freie Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei ihre Mission erfüllen.

...

## Betriebsrat und Aufsichtsrat

Adolf Hirsch

Die nachfolgend geschilderten Erlebnisse eines „Vorwärts“-Berichterstatters geben Veranlassung, grundsätzlich einige Fragen, die der Vertretung der Belegschaft einer Aktiengesellschaft durch ein Betriebsratsmitglied im Aufsichtsrat gelten, zu besprechen. Es handelt sich um eine verhältnismäßig kleine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von etwas über einer halben Million, der F. G. Dittmann A. G. in Berlin-Wittenau. Sie betreibt die Herstellung von Waren, wie sie besonders von der Militärverwaltung gebraucht werden, und diese ist denn auch die Hauptabnehmerin ihrer Fabrikate. In der Gesellschaft bestehen insofern erhebliche Konflikte, als es Bankkrediten gelungen ist, die Aktienmajorität an sich zu bringen und die langjährigen Vorbesitzer der Gesellschaft, die nur 40 Prozent des Aktienkapitals in ihrem Besitze haben, aus der Verwaltung herauszudrängen. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 1925 durch eigenartige Geschäfte, die zwar nicht das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, aber die sie kaum interessieren, durch allzu leichtsinnige Kreditübergabe Verluste erlitten. Die Opposition ist der Ansicht, daß die Bilanz ungünstiger aufgestellt ist, als sie der Wirklichkeit entspricht. Es ist begreiflich, daß die Betriebsbelegschaft ein Interesse daran hat, die Verhältnisse des Unternehmens klar erkennen zu können. Aus diesem Grunde verlangte das in den Aufsichtsrat delegierte Betriebsratsmitglied in der Aufsichtsratssitzung, in der die Aufstellung der Bilanz zur Debatte stand, Unterlagen über das Zustandekommen der einzelnen Bilanzposten. Diese Unterlagen wurden ihm verweigert. Er stimmte deswegen der Bilanz nicht zu. Erst nachträglich wurde in das Aufsichtsratsprotokoll dieser Sitzung eine Bemerkung aufgenommen, daß dem Betriebsratsmitglied die Unterlagen verweigert worden seien, weil ihm die für die Beurteilung der einzelnen Bilanzposten notwendige Sachkenntnis abgehe. In der Generalversammlung, in der die Bilanz vorgelegt wurde und zur Genehmigung stand und in der es heftige Kämpfe um die Genehmigung gab, erklärte das Betriebsratsmitglied des Aufsichtsrats der Wahrheit entsprechend, er hätte der Bilanz nicht zustimmen können, weil ihm die Unterlagen für die Bilanz aufstellung verweigert worden seien. Dieser Mut des Betriebsratsmitglieds verschmupfte nicht bloß die Ver-

waltung sehr stark, weil etwas derartiges in Generalversammlungen bedauerlicherweise zu den Seltenheiten gehört, sondern mehr noch verstimmte die Verwaltung der Bericht über diese Angelegenheit im „Vorwärts“, der, mit einigen kritischen Bemerkungen versehen, den Verlauf der Versammlung so darstellte, wie er sich tatsächlich abspielte. Die Versammlung verlief der Vertagung. Als am 21. Oktober eine neue Generalversammlung stattfand, erhielt der „Vorwärts“-Berichterstatter beim Betreten des Verwaltungsgebäudes einen Brief ausgehändigt, in dem ihm die Teilnahme an der Generalversammlung untersagt wurde. Aber die Verwaltung hätte die Rechnung ohne den Betriebsrat gemacht. Denn sofort bei Beginn der Verhandlungen erhob sich dieser, um im Namen der Besetzung aufs schärfste dagegen zu protestieren, daß der Berichterstatter eines Arbeiterblattes von der Berichterstattung über die Versammlung ausgeschlossen wurde. Er fand mit seinen Ausführungen die Zustimmung der Versammlung und diese desavouierte durch einen Beschluß die Verwaltung, indem sie sich einstimmig für die Zulassung des „Vorwärts“-Berichterstatters erklärte.

Bei aller Anerkennung des Wertes des Betriebsratsmitgliedes, eines Wertes, der Vorbildlich sein müßte für alle Betriebsräte, die dazu da sind, die Interessen der Belegschaft in einem Unternehmen zu vertreten, gibt dieser Fall doch Veranlassung, einmal näher die Mängel des Aufsichtsratsgesetzes zu beleuchten und darauf hinzuweisen, daß das Betriebsratsmitglied im Aufsichtsrat durch dieses Gesetz nichts weiter als eine dekorative Figur ist. Er ist nicht in der Lage, obwohl er einen mindestens ebenbürtigen wichtigen Teil des Betriebes vertritt, wie die anderen Aufsichtsratsmitglieder, deren Befugnisse durch die Finanzinteressen der Aktionäre begrenzt werden, irgend einen wesentlichen Einfluß auszuüben. Er hat nicht die Möglichkeit, zu verlangen, daß ihm die Unterlagen für die Bilanz aufstellung vorgelegt werden, denn wenn die übrigen Aufsichtsratsmitglieder der Bilanz zustimmen und sie der Generalversammlung zur Annahme empfehlen, dann verhallt jeder noch so starke Protest des Betriebsratsmitgliedes wirkungslos. Und nun weiß man, daß gerade bei den Aktiengesellschaften die Bilanz im allgemeinen dazu da ist, den Zwecken entsprechend die wirkliche Vermögenslage der Gesellschaft zu verschleiern, teils in ungünstigem, teils in günstigem Sinne, je nachdem es gebraucht wird. Es müssen Bestimmungen geschaffen werden, die dem Betriebsratsmitglied eine wirkliche Beurteilung der Bilanz und damit der Vermögenslage des Gesamterwerbs ermöglichen. Es darf nicht gezwungen sein, unbefehden die Urachen der Betriebsleitung als wahr hinnehmen zu müssen.

Selbstverständlich muß das Betriebsratsmitglied, das eine Prüfung der Bilanz nach den eben geschilderten Gesichtspunkten vornimmt, auch die notwendige Kenntnis besitzen, um sich unabhängig von der Verwaltung ein Urteil bilden zu können. Man beleidigt die Betriebsräte nicht, wenn man behauptet, daß einem großen Teil von ihnen diese Kenntnis abgeht. Es sind Betriebsräteschulen, Gewerkschaftskurse und andere Einrichtungen geschaffen, die es den Funktionären ermöglichen, diese Kenntnisse sich anzueignen. Sie werden fleißig besucht. Es zeigt sich aber, daß die Teilnahme an derartigen Kursen allein nicht genügt. Es muß Selbststudium hinzukommen, wenn das Betriebsratsmitglied so geschult sein will, daß es in der Gesellschafterversammlung oder Aufsichtsratsitzung seinen Mann stellen kann. Erst dann hat es für die Belegschaft wirklich Wert, daß ein Vertreter von ihr im Aufsichtsrat sitzt. Doch noch niemals ist eine Ecke auf einen Streich gefallen. Die Betriebsräte sind in Deutschland eine verhältnismäßig neue Einrichtung. Wir wissen, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft je länger je mehr das aus ihr machen wird, was der arbeitenden Klasse zum Nutzen gereicht.

:::

:::

:::

## Buchbesprechung

**Bibliographie der Arbeitslosigkeit**, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt in Genf. 2 Bde. — Wer mit uns der Meinung ist, daß das Problem der Arbeitslosigkeit eins der aktuellsten dieser Tage ist, weil es kaum eine Frage auf dem Gebiet der Wirtschafts- oder Sozialpolitik gibt, die nicht mit diesem Problem in Zusammenhang gebracht werden kann, wird dieses Buch begrüßen. Auf seinen 155 Seiten enthält es die Angabe aller mit dem Problem der Arbeitslosigkeit sich beschäftigenden, in einer europäischen Sprache erschienenen Bücher und Zeitschriftenaufsätze von 1914 bis 1926 und stellt damit ein außerordentlich wertvolles Hilfsmittel dar. Es ist vom Kommissionsverlag des IZA Dr. Hans Preiß, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 4, zu beziehen. H. B.

Verantwortlich für die Redaktion: Alwin Brandes, Stuttgart

Druck: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstr. 16